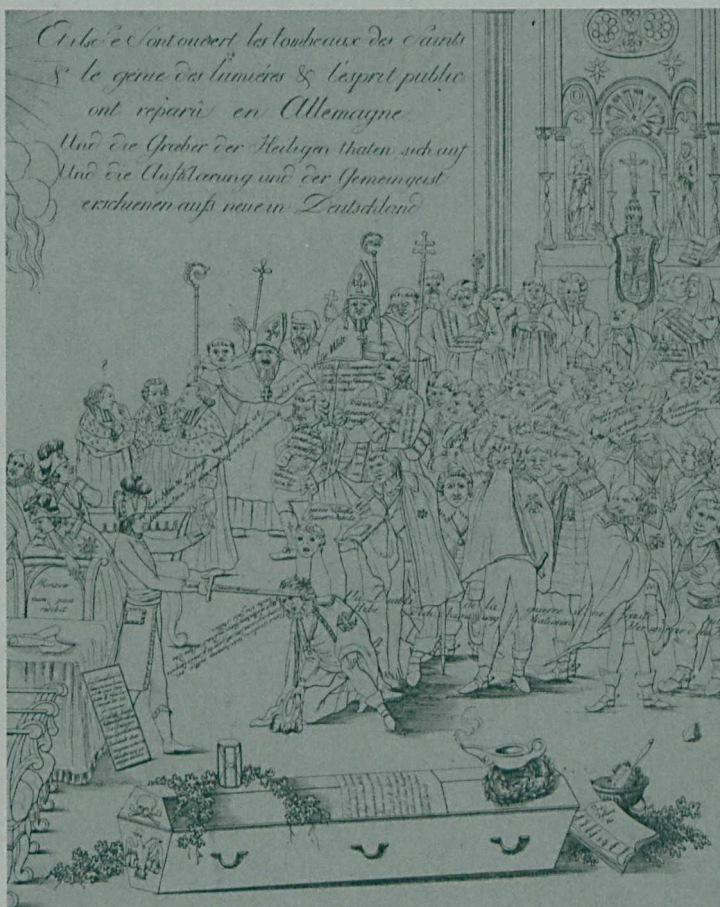


Eric-Oliver Mader

## Das Reichskammergericht, der Reichsdeputationshauptschluss und die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation



GESELLSCHAFT FÜR  
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG



Eric-Oliver Mader

Schriftenreihe  
der Gesellschaft für

Reichskammergerichtsforschung

Heft 31

Wetzlar, 2005

Das Reichskammergericht,  
der Reichsdeputationshauptschluss und  
die Auflösung des Heiligen Römischen  
Deutscher Nation

Bruchteil, ergänzte und überarbeitete Fassung  
des Vortrags vom 21. Oktober 2003  
im Stadthaus des Doms zu Wetzlar





Eric-Oliver Mader

# **Das Reichskammergericht, der Reichsdeputationshauptschluss und die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation**

*Erweiterte, ergänzte und veränderte Fassung  
des Vortrages vom 13. Oktober 2003  
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*



Ein-Übersicht

Das Reichsarchivgesetz  
der Reichsarchivverwaltung und  
die Auflösung des Reichsarchivs  
Deutscher Nation

Reichsarchivverwaltung  
Reichsarchivverwaltung  
Reichsarchivverwaltung



1 A 587512

## I. Reise nach Frankfurt

*Als aber im Jahr 1806 der große Schlag auf das deutsche Reich geschah, stürzte auch das Reichskammergericht zusammen, und alle Prozesse, die darin lagen, wurden totgeschlagen, maustot, und keiner gab mehr ein Zeichen von sich, ausgenommen im Jahr 1817 in Gera im Sachsenland hat einer wieder gezuckt.<sup>1</sup>*

Mit diesen Worten begann Johann Peter Hebel die fiktive Geschichte eines sächsischen Leinwandwebers, der in der Dresdener Zeitung gelesen hatte, dass die deutsche Bundesversammlung in Frankfurt den Unterhalt der Angehörigen des Reichskammergerichts geklärt habe. Der Leinwandweber hatte diese Nachricht falsch verstanden und dachte, das Reichskammergericht habe seine Tätigkeit in Gestalt der Frankfurter Bundesversammlung wieder aufgenommen. Da sich auf seinem Speicher noch Prozessakten eines unerledigten Reichskammergerichts-Prozesses seines Großvaters befanden, aus dem eine größere Forderung offen stand, packte er die Akten in einen Korb und machte sich auf, um nach Frankfurt zu reisen. Dort angekommen musste er feststellen, dass in Frankfurt überhaupt keine Bundesversammlung tagte: Der Sachse war nach Frankfurt an der Oder gereist und nicht nach Frankfurt am Main, wo sich die Gesandten der deutschen Staaten seit Herbst 1816 versammelten.

Daraufhin ließ sich der Leinwandweber den Weg nach Frankfurt am Main weisen, verdiente sich mit allerlei Arbeiten die Wegzehrung und freute sich schon, als er nach sechs Wochen in der damaligen Hauptstadt Deutschlands angekommen war. Natürlich wurde er auch in Frankfurt am Main, wo kein Gericht tagte, enttäuscht. Daraufhin beschloss er den Korb mit den Prozessakten seines Großvaters einfach auf die Straße zu werfen und beklagte sich über die kaum mehr verständlichen Verhältnisse in Deutschland.

Dies hörte ein Gewürzhändler. Er sprach ihn an: *‚Guter Freund‘, sagte er, ‚mit wem redet Ihr da so allein?‘ – ‚Mit niemand‘, erwiderte der Weber, ‚wenn Ihr mir aber meinen Prozeß abkaufen wollt, mit Euch. Lupt Ihr einmal! Was gebt Ihr mir dafür?‘ Der Mann sagte: ‚Anderthalb Kreuzer für das Pfund, wenn das Papier daran gut ist. Kommt mit mir.‘* Also verkaufte der Leinwandweber dem Gewürzhändler die Prozessakten des Großvaters. Er erhielt einen Gulden vierundzwanzig Kreuzer dafür, gerade genug, um auf der Heimreise nach Gera nicht verhungern zu müssen.

Hebels „Reise nach Frankfurt“, die 1819 ein Kalenderblatt zierte, verweist auf die verwirrenden Verhältnisse in Deutschland kurz nach der Eröffnung der Deutschen Bundesversammlung. In ihr überschneiden sich drei Erfahrungsebenen, die nicht mehr in Einklang gebracht werden konnten: Die ererbte Erfahrung des Großvaters, dass es bis 1806 ein für ganz Deutschland zuständiges Gericht, das Reichskammergericht, gab; die Realitätserfahrung im souveränen Königreich Sachsen während der Rheinbundzeit, in dem keine Appellation an einen gesamtdeutschen Gerichtshof möglich war, dem aber das brandenburgische Frankfurt an der Oder näher lag, als die vormalige freie Reichsstadt am Main; die aktuellen Erlebnisse der beginnenden Ära des Deutschen Bundes, die zwar von Debatten über die Errichtung eines gesamtdeutschen Gerichts als Ersatz für das Reichskammergericht begleitet war, dieses jedoch nicht zustande brachte, sondern vorwiegend mit der Abwicklung des Alten Reiches und insbesondere mit den Pensionen der Angehörigen des Reichskammergerichts beschäftigt war.<sup>2</sup>

Wie undurchsichtig die politische Situation angesichts der sich überlagernden Erfahrungen und der damit nicht mehr zur Deckung kommenden Gegenwart für die Zeitgenossen gewesen ist, zeigt der Kommentar zur aktuellen Lage, den Hebel seinem Helden in den Mund legte: man müsse *einem deutschen Manne nicht gleich Vorwürfe machen, wenn er in Vaterlandssachen ein wenig unwissend [...] sei*.

## II. Ein kaum beachtetes Ende

Die Geschichtsschreibung hat den Verwerfungen, welche die Brüche von 1803 und 1806 im Erfahrungshaushalt der Zeitgenossen verursachten, trotz der Ansätze Reinhart Kosellecks und einer deutlichen Belebung des Forschungsinteresses an der Zeit um 1800 bislang nicht die adäquate Beachtung geschenkt.<sup>3</sup> Sich den Bruch in territorialstaatlicher oder europäischer Perspektive aneignend, ist die Meistererzählung zum Ende des Alten Reiches weit übersichtlicher gestaltet, als angesichts der Irritationen von Hebels sächsischen Leinwandweber vermutet werden könnte. Zuletzt kam dies anlässlich des 200. Jahrestages des Reichsdeputationshauptschlusses und im wissenschaftlichen Vorbereitungsprogramm zu der ab August 2006 in Magdeburg und Berlin stattfindenden Doppelausstellung zur 200. Wiederkehr des Endes des Alten Reiches zum



Ausdruck.<sup>4</sup> Die wenig differenzierenden Kompositionselemente, mit denen das Ende des Reiches thematisiert werden, sind rasch charakterisiert: Methodisch sind sie einerseits bestimmt durch eine unzulässige Komplexitätsreduzierung. Dabei besteht die Simplifizierung darin, dass eine kontextualisierende Analyse zeitgenössischer Auseinandersetzungen mit den fundamentalen Veränderungen von 1803 bzw. 1806 zugunsten des illustrativen Einsatzes einer vorwiegend auf strukturelle Gründe für den Untergang des Reiches abzielenden Argumentation unterbleibt. Damit verbunden ist andererseits eine teleologisch verengte Sichtweise auf das Jahr 1806, welche die Thematisierung der Rheinbundzeit und der Anfangsphase des Deutschen Bundes mitbestimmt und die Nachwirkung des Endes des Alten Reiches aus der Betrachtung weitgehend ausblendet. Beides zusammen kann als retrospektiver Determinismus charakterisiert werden, der die zumindest für die Zeitgenossen noch gegebene Offenheit der Geschichte unterschlägt. Zudem wird die am 6. August 1806 erfolgte Abdankung des Kaisers nur als formales Ende des bereits seit längerem nur noch zu einer Hülle verkommenen Alten Reiches bewertet. Der Reichsdeputationshauptschluss spielt dabei die Rolle eines Gliedes in einer Kette von Ereignissen, die das Ende des „morschen Gebäudes“ zwangsläufig herbeigeführt hätten,<sup>5</sup> während die Zeitgenossen der Auflösung des Reiches angeblich keine Beachtung schenkten. In der Konsequenz liegt die Endphase des Alten Reiches, ebenso wie seine Auflösung und seine Nachgeschichte im toten Winkel quellengesättigter Historiographie.

Diese in der Forschung vorherrschende Sichtweise kann auf unterschiedliche Weise illustriert werden. Am Bekanntesten ist der topisch wiederkehrende Streit von Goethes Kutscher auf dem Bock, der den Geheimrat mehr interessiert haben soll, als die Nachricht von der Spaltung Deutschlands. Wie Heinrich Ritter von Srbik und neuerdings Georg Schmidt sowie Wolfgang Burgdorf gezeigt haben, war Goethe jedoch so unpolitisch nicht, sondern hat sich, vor und nach dem 6. August 1806 intensiv mit der Gründung des Rheinbundes und der Abdankung Kaiser Franz II. beschäftigt.<sup>6</sup> Auf der anderen Seite wird das Desinteresse am Reich mit zeitgenössischen Äußerungen belegt, die sein Ende scheinbar vorhersahen und schließlich wurde das Ende des Reiches auch mit einem unreflektierten Gebrauch der wenigen bisher bekannten Bilder verbunden, welche die Auflösung des Reiches thematisieren.

Im Folgenden sollen am Beispiel zeitgenössischer Äußerungen und einer Neuinterpretation des auf dem Einband abgebildeten Stahlstiches,

exemplarisch zunächst problematische Aspekte der teleologischen Sichtweise auf das Ende des Alten Reiches verdeutlicht werden. Sodann geht es um die Bedeutung des Reichsdeputationshauptschlusses für das Reichskammergericht und um die Lage des Reichskammergerichts nach dem Pressburger Frieden. Im Anschluss daran stehen die Auflösung des Reiches und ihre Bewertung durch das Kammergericht sowie die Abwicklung des Kammergerichtspersonals im Vordergrund. Insgesamt geht es also darum eine Perspektive zu wählen, welche den Gegenwartshorizont der Zeitgenossen in die Analyse mit einbezieht und der 1803 bzw. 1806 noch gegebenen Offenheit der Entwicklungen Rechnung trägt. Damit soll versucht werden, ein anderes als das vorherrschende Bild von der Endphase des Alten Reiches zu entwickeln.

### III. Versatzstücke der Teleologie

Während die Wende von 1789/90 die Zeitgenossen überrascht hat, scheint für die Zäsuren von 1803 und 1806 das Gegenteil zu gelten. Dies dokumentieren zahlreiche zeitgenössische Äußerungen, die den Tod des Reiches oder sein drohend bevorstehendes Ende diagnostizieren. Bekannt ist die Bemerkung des rheinischen Publizisten Joseph Görres, der am 7. Januar 1798 in einer Rede vor der Patriotischen Gesellschaft in Koblenz den Tod des Reiches feststellte:

*Am dreißigsten Dezember 1797, am Tage des Übergangs von Mainz, nachmittags um 3 Uhr starb zu Regensburg in dem blühenden Alter von 955 Jahren, 5 Monaten, 28 Tagen sanft und seelig an einer gänzlichen Entkräftung und hinzugekommenen Schlagflusse bei völligem Bewusstsein und mit allen heiligen Sakramenten versehen das heilige römische Reich, schwerfälligen Andenkens.<sup>7</sup>*

Vergleichbares trug am selben Tag ein unbekannter Zeitgenosse in einem Schreiben dem Gesandten in Rastatt Franz Xaver von Zwackh vor<sup>8</sup>: *Daß dem alten Gebäude der deutschen Reichsverfassung der Einsturz drohe, fällt jedem in die Augen, ein neuer Bau oder eine aufs nämliche hinauslaufende Totalreparatur sind unvermeidbar.<sup>9</sup>*

Wenige Jahre später sah der Kurfürsterkanzler Karl Theodor von Dalberg die Vernichtung von Reichsverfassung und Reichsstaatsrecht drohen, als er an seine Reichsmitstände die Frage richtete: *Sollten Landfrieden, Reichstags- und Reichs- Gerichts- Ordnungen, Reichs-*



*verfassung, goldene Bulle, westphälischer Frieden, Wahlcapitulation, nebst so vielen Reichsschlüssen, vernichtet werden, die seit Jahrhunderten Werke der Weisheit unserer Väter waren, unter deren Schutz die deutsche Nation sich auf eine biedere rühmliche Weise in sehr oft glücklichen und mehreren glänzenden Zeiträumen auszeichnete.*<sup>90</sup>

Solche Deutungen entsprangen zweifellos dem Eindruck eines durch die deutsch-französischen Kriege zunehmend unter Druck geratenen Reichsverbandes. Sie sind je nach Entstehungsdatum vor dem Hintergrund der im Rastatter Friedenskongress beschlossenen Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an Frankreich, der Säkularisierung eines Großteils der Germania Sacra bzw. der Situation unmittelbar vor dem Frieden von Pressburg zu deuten. Damit sind sie ein Indiz für das Bewusstsein der Zeitgenossen über die Fragilität der politischen Ordnung und stehen im Widerspruch zu Forschungen, die den Eindruck erwecken, gerade die Eliten des Reiches in Regensburg und Wetzlar hätten die Vorgänge überhaupt nicht bemerkt oder verdrängt.<sup>11</sup> Im Gegenteil können sie zumindest als Beleg für ein zeitgenössisches Interesse am Reich gelten. Die mitschwingende Trauer oder der appellative Charakter von solchen Äußerungen, die sich für die Erhaltung des Reiches einsetzen, bringen dies zum Ausdruck. Damit können solche Meinungen nicht einfach als illustrativer Beleg für die sich seit längerem abzeichnende Auflösung des Reiches herangezogen werden, vielmehr müsste in Detailstudien ihr jeweiliger Entstehungs- und Geltungskontext genauer untersucht werden. Dieses Desiderat kann hier nicht behoben werden. Demgegenüber soll eine Reinterpretation des bekannten Stahlstiches „Und die Gräber der Heiligen taten sich auf“ exemplarisch die Probleme der teleologischen Perspektive auf das Ende des Reiches verdeutlichen.

Der von einem unbekannten Künstler stammende Stahlstich gilt als eine der nicht gerade zahlreichen Bildquellen zu den Folgen des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803. Er ist öfter als Illustration für das Ende des Reiches herangezogen worden. Herkömmlicher Weise datiert man diesen Stich auf das Jahr 1804, denn er scheint die Ergebnisse der Reichsdeputation bildlich zu kommentieren.<sup>12</sup> Legt man diese Datierung zugrunde, scheint sich auf den ersten Blick zugleich zu bestätigen, dass das Ende des Alten Reiches bereits 1803 besiegelt war. Es sieht so aus, als ob der mit Eichenlaub geschmückte Sarg in der unteren Bildmitte mit Memento Mori und Reichsadler den Tod des Reiches symbolisiere.

Kann dieses Bild tatsächlich als eine Vorwegnahme der erst 1806 erfolgten Auflösung des Alten Reiches gelten und damit in den Kontext

der vielfältigen zeitgenössischen Äußerungen gestellt werden, welche den Tod des Reiches zu prognostizieren scheinen? Diese Frage zu bejahen, hieße den Zeitgenossen hellseherische Fähigkeiten zuzugestehen. Betrachten wir das Bild also genauer, und zwar zunächst die in der Mitte des Sargdeckels zu sehende Aufschrift. Hier heißt es: *Das Heilige Römische Reich hat im Jahr 1801 abgestreift seine Raupenhülle um wieder hervorzugehen in verwandelter Gestalt.*

Diese Aufschrift verdeutlicht zunächst, dass hier keineswegs ein begrabenes Reich visualisiert ist, sondern vielmehr eine Metamorphose erwartet wird, die Wiederauferstehung des Reiches in verwandelter Gestalt. Die Bildüberschrift *Und die Gräber der Heiligen thaten sich auf und die Aufklärung und der Gemeingeist erschien aufs neue in Deutschland* verweist darauf wie man sich die Metamorphose vorzustellen habe: Wiedererstehen sollte ein Reich ohne „Germania Sacra“. Wenn auf der Grabinschrift als Datum der Verwandlung das Jahr 1801 genannt ist, so bezieht sich dies zweifelsohne auf den Frieden von Lunéville.<sup>15</sup> Dort wurde bekanntlich die Abtretung des linksrheinischen Reichsgebietes beschlossen, die schon im geheimen Zusatzvertrag des Frieden von Campo Formio 1795 vereinbart worden war.<sup>14</sup> Das auf dem Sarg stehende Stundenglas verweist darauf, dass der Verpuppungsvorgang des Reiches noch einige Zeit dauern wird.

Schon der Befund dieser Bildausschnitte wirft die Frage nach der Datierung des Stiches neu auf. Weshalb nämlich sollte sich der Stecher 1804, nachdem der Reichsdeputationshauptschluss als neues Reichsgrundgesetz angenommen war, auf den Frieden von Lunéville beziehen und noch auf eine Metamorphose des Reiches warten? Plausibler scheint demgegenüber eine Datierung des Stiches in die Zeit zwischen Frieden von Lunéville und vor oder kurz nach dem Beginn der Sitzungen der außerordentlichen Reichsdeputation, die am 24. August 1802 in Regensburg eröffnet wurde.<sup>15</sup> Eine solche Datierung wird auch durch den in der oberen Bildmitte mit einem Fragezeichen dargestellten Mainzer Kurfürsten gestützt. Der Kurzerzkanzler des Reiches steht neben den anderen geistlichen Kurfürsten von Köln und Trier, deren Säkularisierung ebenso wie die der verschiedenen Bischöfe bereits beschlossen ist. Wie ein Vergleich ergeben hat, handelt es sich dabei zweifellos um Karl Theodor von Dalberg, der Friedrich Carl von Erthal am 25. Juli 1802 als Kurfürsterkanzler nachfolgte.<sup>16</sup> Das Fragezeichen über seinem Kopf dürfte darauf hinweisen, dass das Schicksal von Kurmainz noch nicht geklärt ist. Damit kann die



Darstellung unmöglich die Ergebnisse der Reichsdeputation abbilden, denn der Mainzer Kurstaat gehörte zu den wenigen geistlichen Gebieten, deren Fortexistenz die Reichsdeputation, wenn auch in veränderter Gestalt, sicherte.

Setzt man eine frühere Datierung an, so entschlüsselt sich das Bild in anderer Weise. Auf der rechten Seite sitzt Kaiser Franz II. mit den Reichsinsignien auf seinem Thron und zeigt den weltlichen Kurfürsten – auf dem Bild nur schwer erkennbar – ein Papier auf dem die nötigen Reformen des Reichs erklärt sind. Die Kurfürsten scheinen aber kaum gewillt sie durchzuführen. In der Mitte des Bildes steht Napoleon, der als „Meister“ spricht: *Mein Reich ist nicht von dieser Welt*. Er schlägt einem Vertreter der Reichsstände die Nase ab, der sich vordergründig unterwirft, von Napoleon abgewandt jedoch die auf das Schicksal des Reiches und Europas gemünzten Worte spricht: *Hebe Dich hinweg Nationen Verwirrer, daß Friede Wiederkehre auf Erden*.

Ein weiteres Indiz für die noch ungeklärte Situation, sind die leeren Bänke der Reichsversammlung im linken unteren Bildrand. Es ist noch nicht klar, wer genau auf ihnen Platz nehmen wird. Einige Städte, darunter Wetzlar, hoffen offenbar darauf, nicht mediatisiert zu werden. Da der Beschluss, Wetzlar als Grafschaft dem Herrschaftsbereich des Kurzerzkanzlers einzuverleiben im November 1802 verkündet wurde, dürfte der Stich die Situation davor schildern. Die Geldsäcke um die Schultern der Städtevertreter verweisen auf die Bestechungsgelder, die im Vorfeld der Reichsdeputation nach Frankreich geflossen sind. Der mit dem Schwert dargestellte Napoleon entscheidet darüber, wer weiterhin zum Reich gehört. Die Erschütterung des Reiches ist symbolisiert im Reichsregistraturkasten, der die gesamte linke Seite des Bildes einnimmt. Privilegien und andere Bestandteile der Reichsverfassung fallen oben bereits heraus, doch die Wahlkapitulationen des Kaisers, das Verfahren am Reichstag, mit dem Conclusum und der kaiserlichen Ratifikation befinden sich ebenso wie die peinliche Halsgerichtsordnung noch in den ungeöffneten Schubladen im Registraturkasten.

Auf der anderen Seite verlässt William Pitt, der englische Premierminister die Bühne mit einem Korb voller Nasen, die Napoleon in der Bildmitte den Vertretern der Reichsstädte abgeschlagen hat – ein Beleg für das Desinteresse Englands an der Reichsdeputation. Der Reichsadler über Pitt hat einen seiner beiden Köpfe verloren, der die Germania Sacra symbolisiert. Setzt man diesen Ausschnitt in Bezug zur Sargaufschrift nach der das Reich in veränderter Gestalt wiedererstehen sollte, so wird

klar, dass hier auf die Hoffnung der Zeitgenossen auf ein verkleinertes, konzentriertes Reich ohne Germania Sacra angespielt wurde.<sup>17</sup> Das Schicksal dieses verkleinerten Reiches scheint offen, seine vollständige Auflösung noch nicht beschlossen. Diese Offenheit, die 1803 und für viele Zeitgenossen in der Zeit kurz nach dem Frieden von Preßburg noch bestand, wird jedoch in den Untergangsszenarien der Forschung ausgeblendet. Sie wird gewissermaßen zugleich mit dem Reich in den Sarg gelegt.

#### IV. Das Reichskammergericht in der Endphase des Reiches

##### 1. Beharren auf der Reichsverfassung

In der Tat kann unter den Zeitgenossen vor und nach 1803 eine intensive Diskussion über die Möglichkeiten einer Reform des Reiches und der Reichsjustiz beobachtet werden. Sie knüpften einerseits an Überlegungen an, wie sie bereits seit Längerem debattiert wurden,<sup>18</sup> andererseits entzündeten sie sich vor dem Hintergrund der veränderten Reichsverfassung. So forderte man am Reichskammergericht im Vorfeld der Reichsdeputation nicht nur eine Reform des unter Existenzdruck geratenen Botenwesens, eine Verbesserung der finanziellen Lage der Kanzleipersonen und die Anpassung des Präsentationssystems zu den Assessoraten an die aktuellen politischen und territorialen Verhältnisse.<sup>19</sup> Darüber hinaus brachte die Auseinandersetzung mit dem beschleunigten Wandel der Reichsverfassung eine Intensivierung des Diskurses über die Vorzüge der Reichsgerichtsbarkeit mit sich. Die Gründung der „Reichskammergerichtlichen Miscellen“ durch den Protonotar des Gerichts Joseph Anton von Vahlkampf im Jahr 1804 ist ein Beispiel hierfür. Sie dienten dazu, die „Geschäftsmänner“ Deutschlands mit den Usancen am Kammergericht vertraut zu machen und thematisierten die neue Rolle des Gerichts nach dem Verlust der Germania Sacra und der Erteilung von zusätzlichen „privilegia de non appellando“.<sup>20</sup>

Während es leicht verständlich ist, dass die Kameralen ihre Bedeutung betonten, um ihre Stellen nicht zu verlieren, wurde auch von anderer Seite die Notwendigkeit des Reichskammergerichts zur Sicherung von Frieden und Recht hervorgehoben. Bereits 1799 schrieb der bayerische Agent und Sollicitant am Reichskammergericht, Franz Xaver von Zwackh:

*So lang die deutsche Reichsverfassung noch fort dauert, so wird die Erhaltung des kaiserl[ichen] Reichskammer Gerichts immer eine der ersten*



*Angelegenheiten der mächtigen und mindermächtigen Reichstände bleiben. Dieses Tribunal war ihnen von jeher angenehmer als der Reichshofrat [...]. Bey der jetzigen kritischen Lage, wo die verschiedenen Klassen von Unterthanen, zumalen der Bauernstand durch den Umlauf neuer Ideen in Gährung gebracht wird, muß den teutschen Fürsten das Ansehen des Reichskammer Gerichts noch mehr als jemals am Herzen liegen. Denn die Erfahrung beweiset, daß manche Revolution schon allein dadurch zurückgehalten worden ist, weil man denen erbitterten Unterthanen den Weg öffnete, ihren Fürsten vor einem unpartheiischen Reichs Richter verklagen zu können.<sup>21</sup>*

Mit diesem Plädoyer knüpfte Zwackh einerseits an einen Reichsjustizreformdiskurs an, der mit Johann Stephan Pütters „Patriotischer Abbildung des Zustandes der beyden höchsten Reichsgerichten“ aus dem Jahr 1749 seinen publizistischen Höhepunkt erreicht hatte.<sup>22</sup> Zum anderen führte er die Diskussion um die Umsetzung der Ergebnisse der letzten Visitation des Reichskammergerichts von 1767 bis 1776 und die Debatte um die Wiedereinführung der Visitationen fort.<sup>23</sup>

Ähnlich wie Zwackh hielten viele Zeitgenossen um 1800 das Reichskammergericht für notwendig, um den Frieden im Reich zu wahren. Karl Albert von Kamptz, der später der letzte kurbrandenburgische Präsentatus am Reichskammergericht wurde, formulierte in seiner Darstellung des Präsentationswesens: *Möchte übrigens Germaniens Genius welchem vor anderthalb Jahrhunderten ein dreyßigjähriger blutiger Krieg kein Hinderniß war, auf die Verbesserung des Zustandes eines der ersten Palladien der constitutionsmäßigen deutschen Freyheit so wohlthätig zu wirken, auch jetzt, nach einem zehnjährigen Kriege, demjenigen erhabenen Gerichtshofe [...] seine, dem weit umfassenden Geschäftskreise angemessene Integrität in Hinsicht auf die, im Gefühle deutscher Kaiser- und Reichs- Fürsten- Pflicht im Jahre 1775 geschaffenen Personal-Vollständigkeit sichern!*<sup>24</sup>

In Form der Diskussion um ein rheinisches bzw. deutsches Bundesgericht war man sogar nach der Auflösung des Reiches noch davon überzeugt, dass ein gesamtdeutscher Gerichtshof nötig sei, wenn nicht „Faustrecht und Anarchie“ wieder Einzug halten sollten.<sup>25</sup> Die Untertanen in ihren Eigentumsrechten zu sichern und damit Zustände, wie sie durch die Französische Revolution 1789 entstanden waren in Deutschland zu verhindern, war das Ziel. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund entwickelte der Landshuter Staatsrechtler Nikolaus Thaddeus Gönner 1805 noch einmal ein revidiertes Präsentationsschema zu den Assessoraten am Reichskammergericht, das jedoch nicht mehr umgesetzt werden



*Druck von P. Koles & Sohn in Magdeby*

CARL ALBERT VON KAMPTZ.  
KÖN. PREUSS. STAATS- u. JUSTIZ-MINISTER.

Abb.: Karl Christoph Albert Heinrich von Kamptz (1769-1849) · Kurbrandenburgischer Präsentatus am Reichskammergericht 1804-1806 · Stahlstich Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar



konnte.<sup>26</sup> Auch auf Seiten der Reichsstände, die bis ins Jahr 1806 noch Juristen als Assessoren ans Reichskammergericht präsentierten, sowie von Seiten des Kaisers, der 1803 mit Heinrich Aloys von Reigersberg sowohl einen neuen Kammerrichter als auch mit Adam Friedrich von Schenk zu Stauffenberg einen neuen katholischen Präsidenten bestellte, lässt sich ein Beharren auf der Fortexistenz dieses Gerichtes feststellen. Dies sowie die Tatsache, dass sich bis in die Zeit bis unmittelbar vor der Auflösung des Reiches noch Willige fanden, um eine Assessorenstelle anzutreten, sind Belege dafür, dass das Reich und mit ihm das Reichskammergericht vor 1806 noch nicht vollends abgestorben waren.

## 2. Die Auswirkungen des Reichsdeputationshauptschlusses

Obleich der Reichsdeputationshauptschluss die Existenz des Kammergerichts sicherte, geriet es von mehreren Seiten unter Anpassungsdruck; zunächst hinsichtlich der Finanzierung. Zwar schrieb die Reichsdeputation in den Paragraphen 47 und 86-89<sup>27</sup> fest, dass es auch künftig durch die von den Reichsständen zu entrichtenden Kammerzieler finanziert werden müsse. Dabei sollten diejenigen Kontributionen, welche für die Entschädigungslande wegzufallen drohten, von den übernehmenden Staaten bezahlt werden. Darüberhinaus war eine gesetzliche Neubestimmung des kammergerichtlichen „Sustentationsfonds“ vorgesehen.<sup>28</sup> Dies blieb jedoch aus und das alte Kammerzielerwesen wurde beibehalten. Die versäumte Reform der Finanzverfassung führte dazu, dass das Kammergericht mit aufwändigen und zeitraubenden Rechenarbeiten beschäftigt war. Die auf den Gebieten der mediatisierten Reichsstände haftenden Kammerzieler mussten jeweils auf die übernehmenden Staaten umgerechnet werden – eine Praxis, die auch nach dem Ende des Alten Reiches fortgesetzt wurde. Zugleich verlor das Gericht, dessen laufende Einnahmen bereits seit 1796 nicht mehr ausreichten, um die Besoldungskosten zu decken, bis 1806 die Kammerzieler aus den Reichsgebieten, die im Frieden von Lunéville von Frankreich annektiert worden waren. Dies waren immerhin Gelder in Höhe von vier Assessorenstellen, die seit 1802 nicht mehr besetzt werden konnten.<sup>29</sup> Zwar wurde auch an eine Erhöhung der Kammerzieler für die noch im Reich verbliebenen Stände gedacht und die Säkularisierung eines Klosters zugunsten des Reichskammergerichts diskutiert, doch gingen in der Praxis bis 1806 sogar

die Einnahmen für jene Reichsstände zurück, die nicht zur Entschädigungsmasse gehört hatten. Bei der letzten Kammerzielerdistribution vor der Auflösung des Reiches im Frühjahr 1806 waren die Einnahmen um rund 20.000 fl. zu gering, um die Ausgaben zu decken, und die Richter mussten um ihre Besoldung fürchten.<sup>30</sup> Neben den Richtern hatten auch die so genannten „unbesoldeten“ Kameralen unter den Bedingungen des verkleinerten Reiches finanzielle Einbußen hinzunehmen. Hierzu gehörten – um nur die beiden Hauptgruppen zu nennen – die Advokaten und Prokuratoren sowie das Kanzleipersonal. Während die Anwaltschaft nicht nur Einnahmen aus den rückläufigen Prozessen verlor, sondern auch Gelder, die aus ihrer Tätigkeit als Agenten und Informanten für aufgelöste Reichsstände rührten, litten die Kanzleipersonen am Rückgang der Gerichtsgebühren, aus denen ihr Unterhalt bezahlt wurde.

Unter Anpassungsdruck geriet aber auch die Personalverfassung des Kammergerichts. Die mit der Reichsdeputation sanktionierten Veränderungen der Reichsverfassung führten dazu, dass das nach der letzten Visitation des Reichskammergerichts zuletzt revidierte Präsentationssystem mit dem konzentrierten Reichssystem ohne *Germania Sacra* nicht mehr zur Deckung gebracht werden konnte. Konkret bedeutete dies, dass in den letzten Kameraljahrgängen Assessoren saßen, deren Präsentationshöfe aufgelöst waren. Franz Joseph von Stein zu Lausnitz, den Kaiser Franz II. als Herzog von Burgund 1799 ans Kammergericht präsentiert hatte, als die Abtretung der linksrheinischen Gebiete bereits beschlossen war,<sup>31</sup> ging es hier nicht anders als dem 1796 wegen Kurtrier ans Kammergericht gelangten Peter Melchior von Hommer (Aufschwörung 1796) und dem kurkölnischen Assessor Christian von Weidenfeld (Aufschwörung 1793).<sup>32</sup> Auch das Präsentationssystem verlangte in der Endphase des Reiches durch die Verleihung der Kurwürde an Baden, Württemberg, Hessen-Kassel und Salzburg bzw. Würzburg nach Änderungen. Die neuen Kurfürsten hätten durch ihre Standeserhöhung eigentlich ein Präsentationsrecht erworben, das jedoch bis 1806 nicht mehr ausgeübt wurde.

Diese Auseinanderentwicklung von Präsentationssystem und Reichssystem trug mit dazu bei, dass sich unter den Kameralen ein neues Gruppenbewusstsein ausbildete. Die Assessoren bestimmten ihren Status zunehmend in Abstraktion von den reichsgesetzlichen Bindungen an ihre Präsentaten.





Abb.: Ein Assessor in Wetzlar · Kupferstich im Taschenkalenderformat · Städtische Sammlungen Wetzlar]

Bildeten zuvor die Kammergerichtsordnung von 1555, die Reichsgesetze und das Herkommen die Grundlage für das Selbstverständnis der Angehörigen des Kammerkollegiums als Träger von Rechten des Kaisers, der Kurfürsten und der Reichskreise, so begriff sich das Kammergericht in der Endphase des Reiches zunehmend als eigenständige Behörde, deren Richterpersonal im gleichen Verhältnis zu Kaiser und Reich stand wie die Staatsdiener in Territorialstaaten. In diesem Kontext entstand der Begriff des „Reichsdieners“ als Äquivalent zum Staatsdienerbegriff. Dieser Begriff nivellierte die komplizierten Dienstverhältnisse der Kameralen am Reichskammergericht und diente nach der Auflösung des Alten Reiches nicht nur den Richtern, sondern auch den Anwälten dazu, Ansprüche auf Pension zu begründen. Sein theoretisches Fundament hatte dieses neue Bewusstsein in den modernen Staatsdienertheorien und Beamtenlehren, wie sie von den jüngeren Naturrechtslehren entwickelt worden waren. Sie wurden Ende der 1790er Jahre nicht nur in den Territorien, sondern auch am Kammergericht rezipiert.

Franz Arnold von der Becke leistete dazu einen wichtigen Beitrag. Noch während seiner Zeit als Präsentatus am Reichskammergericht hatte er 1797 einen am jüngeren Naturrecht orientierten Traktat publiziert, der die Charakteristika des Staatsdieners ganz so fasste, wie es Diethelm Klippel allgemein für die Theorien des jüngeren Naturrechts beschreibt: Aus dem Gedankengang, das Amt des Staatsbeamten müsse auf einen bestimmten Staatszweck hin geordnet sein und nicht auf die höchste Staatsgewalt wie im älteren Naturrechtsdenken, resultierte die Verobjektivierung und Entpersonalisierung, die Vereinheitlichung und darüber hinaus die Professionalisierung der Staatsdienstbeziehungen.<sup>35</sup> Von der Becke entwickelte ein klares Profil für den Staatsbeamten, das im deutlichen Gegensatz zum Höfling und zu solchen Amtsträgern stand, die nur für eine gewisse Zeit angestellt seien, um einen kurzfristigen Staatszweck zu erfüllen. Dauerhaftigkeit und Einheitlichkeit waren die Kriterien für die Staatsdiener, die vorwiegend im Bereich der Finanzverwaltung und zur Rechtspflege eingesetzt werden sollten, den Kerngeschäften des Staates.<sup>34</sup> Selbstverständlich gehörte zu einem Staatsamt die Übertragung durch die oberste Gewalt und die Festlegung eines Dienstvertrages, der die Rechte und Pflichten von Staatsdienern und Regenten regelte.<sup>35</sup> Dabei schaffe der Dienstvertrag ein neues Verhältnis zum Regenten,<sup>36</sup> das sich nicht zuletzt auch in lebenslänglicher Besoldung der Staatsdiener ausdrückte, die ein Recht auf Pension mit einschloss.<sup>37</sup> All dies ließ sich auf die Situation der Richter am Reichskammergericht



anwenden, die mit der Aufschwörung am Gericht ihre vorherigen Dienste niederlegten, als unabhängige Richter nur Kaiser und Reich verantwortlich waren und aus der Sustentationskasse, in die alle Kammerzieler flossen, besoldet wurden.

Ein drittes Problemfeld schuf die Mediatisierung der Reichsstadt Wetzlar, wo das Reichskammergericht seit 1693 seinen Sitz hatte.<sup>38</sup> Sie fiel dem Herrschaftsbereich des Mainzer Kurfürsten Karl Theodor von Dalberg als Grafschaft zu, der sie durch seinen Stadtdirektor Adam von Mulzer am 26. November 1802 in Besitz nehmen ließ. Obgleich Karl Theodor im Zuge der friedlich und geräuschlos erfolgten Übernahme<sup>39</sup> die Neutralität der Stadt und des Gerichts zugesichert hatte und versprach das Kammergericht bei *allen reichsgesetzlichen Rechten und Privilegien* zu schützen,<sup>40</sup> zeigte sich bald, dass die neue Policykommission unter der Leitung von Mulzer in die Justiz- und Policyhoheit, die das Collegium Camerale über die rund 900 zum Kammergericht gehörenden Personen besaß, eingreifen würde.<sup>41</sup>

Mitte März 1803 machte Franz Arnold von der Becke, der zusammen mit dem Assessor Schüler von Sehnden der Policydeputation des Kammergerichts angehörte, die in der Plenarversammlung des Kammergerichts versammelte Richterschaft darauf aufmerksam, dass die kurfürstliche Kommission Veränderungen in *der bisherigen Behandlung der Policygegenstände* einführe. Sie habe den Grundsatz aufgestellt, dass sich die Angehörigen des Reichskammergerichts *den kurfürstlichen Policyverfügungen auf deren blos einseitig veranstaltete Verkündigung unterwerfen* müssten.<sup>42</sup> Schritt für Schritt habe der städtische Magistrat versucht seine Kompetenzen zu Ungunsten des Kammergerichts zu erweitern. Während entgegen der früheren Praxis zunächst nur Anordnungen ohne vorherige Beratung mit dem Kammergericht entworfen worden seien, publiziere Mulzer seit Februar 1803 Policyverordnungen, ohne auf das Votum der kammergerichtlichen Policydeputation zu warten. Besonderen Anstoß erregte eine Anfang März 1803 einseitig publizierte Straßenreinigungsverordnung, deren Befolgung durch die Kameralen Mulzer einforderte. Sie enthielt die Bestimmung, dass alle Wetzlarer Hausbewohner zweimal wöchentlich den „Straßenkot“ und bei Tauwetter das Eis entfernen sollten. Dies hielt man am Kammergericht für unzumutbar und unausführbar.<sup>43</sup> Um der unpraktikablen Privatentsorgung des Straßenmistes zuvor zu kommen, schlug die kammergerichtliche Polizeideputation die Anschaffung öffentlicher Karren vor. Mulzer wollte sich hierauf zwar einlassen, da die

Verordnung jedoch bereits publiziert war, befahl er, dass die Kammerboten das Entsorgungsgeschäft einstweilen zu übernehmen hätten. Damit überschritt er ein weiteres Mal seine Kompetenzen und machte den Richtern ihre Policeyhoheit über die Kameralpersonen streitig.<sup>44</sup>

Solche Fälle gab es mehrere. Sie betrafen die Heranziehung der Kammerboten zur Marktaufsicht, den Erlass einer Hundesteuer oder die Besteuerung der Immobilien, die für Kameralen früher frei gewesen war. Neben solchen Verstößen gegen die Justiz- und Policeyhoheit des Kameralkollegiums empfand man die kurfürstliche Policeypraxis unter Mulzer aber auch deshalb als Zumutung, weil damit die Ehre des Richterstandes verletzt wurde. Dies brachte der Policeydeputierte Schüler von Sehnden zum Ausdruck, wenn er an den Kammergerichts- amtsverweser Reigersberg schrieb, dass *Herr Mulzer als Director der Stadt, sich Eurer Excellenz gleich, uns aber (die Policeydeputierten des Reichskammergerichts, E.-O. Mader) mit seinen Policey Commisarii in eine Claße zu setzen trachtet*.<sup>45</sup> Die Folge dieser Eingriffe waren eine Fülle von Beschwerden an den Kurfürsterkanzler mit der Bitte, sein Versprechen einzuhalten und die reichsgesetzlich verankerten Rechte des Reichskammergerichts gegenüber der Wetzlarer Stadtverwaltung zu schützen.

Während also das Kammergericht von unterschiedlicher Seite unter Druck geriet, muss trotz Einschränkungen festgehalten werden, dass es bis in die Zeit kurz vor der Auflösung des Reiches weiterarbeitete. Hieran änderten auch der Frieden von Preßburg und die Standeserhöhungen, die Bayern, Baden und Württemberg gewährt wurden, zunächst noch nichts Entscheidendes.

### 3. Die Lage nach dem Frieden von Pressburg

Unmittelbar nach Abschluss des Friedens mit Frankreich überwogen die zeitgenössischen Stimmen, die ihn im Einklang mit der Reichsverfassung bewerteten. Den entscheidenden Ansatzpunkt hierfür bildeten die Artikel IX und XIV des Pressburger Friedens. Demnach war Bayern, Württemberg und Baden zwar *la plénitude de la souveraineté* zuerkannt worden, jedoch mit der Einschränkung, dass diese Souveränität nur derjenigen entsprach, die Preußen und Österreich für ihre zum Reich gehörenden Gebiete genossen.<sup>46</sup> Vor diesem Hintergrund hatte der Jenaer Reichsstaatsrechtler Andreas Joseph Schnaubert, der eine der letzten reichsstaatsrechtlichen Abhandlungen nach dem System



der Göttinger Schule verfasste, keine Schwierigkeiten die *confédération germanique* nach der *teutschen Staatsconstitution* zu beschreiben.<sup>47</sup> Er verwies auf die durch die Reichsverfassung eingeschränkte Souveränität der drei süddeutschen Staaten und betonte zusätzlich, dass der Friede ihr Ausscheiden aus dem Reichsverband nicht vorsehe.<sup>48</sup> Ganz ähnlich hatte dies im Vorfeld des Friedens der bayerische Gesandte von Gravenreuth gesehen, wenn er betonte, dass es dem Kaiser gefallen habe, ein Schattenbild des Reiches zu erhalten.<sup>49</sup> Kurz nach dem Friedensschluss schien es, als wolle auch Württemberg an der Reichsverfassung und den Reichsgerichten festhalten. So schränkte der König von Württemberg zwar den Wirkungskreis seines Agenten in Wetzlar, des Reichskammergerichts-Prokurators Hoffmann, ein. Er instruierte ihn, seine Geschäfte künftig *blos* darauf zu beschränken, alle sich bei *Gericht ereignenden Vorfälle* zu *berichten* sowie in *Commissions- Kreyß-Exekutions* und *anderen solchen Fällen* das *nötige* zu *veranlassen*. Auch wies er ihn an, vom Kammergericht *durchaus nichts mehr anzunehmen*. Allerdings sollte diese Anweisung nur diejenigen Angelegenheiten betreffen, die mit den *seit dem neuesten Friedensschlusse eingetretenen neuen Verhältnissen* im *Widerspruch* stünden.<sup>50</sup>

So wie man sich also in Württemberg der Reichsgerichtsbarkeit nicht vollständig entziehen zu können glaubte, so beharrte auch Franz Xaver von Zwackh im Januar 1806 darauf, dass die Souveränität des Königreichs nach wie vor beschränkt sei. Er hatte vom bayerischen Hof den Auftrag erhalten, die neuen Verhältnisse Bayerns gegenüber den Reichsgerichten zu erforschen, und kam dabei zu folgendem Schluss:

*Euer königliche Majestät würden als nach obigen Beispiele (i. e. Österreichs und Preußens, E.-O. Mader) und dem Reichsherkommen als Kuhrfürst in den Verbindlichkeiten mit Entrichtung der Kammerzieler, und mit Erkennung der reichsgerichtlichen Jurisdiktion, Allerhöchst dieselbige mögen als Kläger oder Beklagter erscheinen, forthin bleiben, aber auch alle bisherigen Gerechtsame an Praesentationen, Visitationen und Schirmung des Gerichts ausüben. Nur Allerhöchst dero Titel muß von der Reichskanzley jetzt geändert werden.*<sup>51</sup>

Zwackhs Auffassung nach änderte also der Pressburger Frieden die Verhältnisse Bayerns gegenüber den Reichsgerichten nur formal. Einige der Geschäftsträger am Reichstag sahen dies ähnlich. So wies Aegidius von Fahrenberg,<sup>52</sup> der erzherzoglich österreichische Fürstenratsdirektorialgesandte am Reichstag in Regensburg am 30. Januar 1806 nachdrücklich darauf hin, dass die *Stände des Reichs* Untertanen des Kaisers und ihrer

*Landeshoheit ohngeachtet* abhängig von der obersten Staatsgewalt bleiben würden.<sup>53</sup>

Als die 1804 durch Conclusum des Reichshofrates geschützte Ritterschaft mit Napoleons Billigung von Bayern, Baden und Württemberg mediatisiert werden sollte, trat das Reich noch einmal auf den Plan.<sup>54</sup> Am 31. Januar 1806 wandte sich die fränkische Ritterschaft mit einem „Petitum“ gegen den militärischen Überfall Bayerns an das Kammergericht. In den Herrschaften, die das Königreich beanspruchte, waren die reichsritterschaftlichen Hoheitszeichen abgenommen und durch das bayerische Wappen ersetzt worden. Die Untertanen und Beamten wurden bedroht, in alle Zweige der Zivilverwaltung eingegriffen. Darüber hinaus führte man die bayerische Prozessordnung ein und belegte die Reichsritter mit einer Steuer. Württemberg, Baden und Leiningen gingen, wenn auch weniger hart, ähnlich vor.<sup>55</sup> Die Klage wurde am 5. März 1806 in der Plenarversammlung des Reichskammergerichts verhandelt. Die Mehrheit der Richter wollte für die Wahrung der Rechte des Reichs eintreten.<sup>56</sup> Der katholische Präsident von Stauffenberg, der vor seiner Aufschwörung am Reichskammergericht Ritterhauptmann des Kantons des fränkischen Ritterkreises Gebirg und damit unmittelbar von den Mediatisierungen betroffen war,<sup>57</sup> sah nicht ein, wie sich ein *höchstes Justiztribunal* der vorgetragenen Bitte entziehen könne. Die meisten Assessoren teilten seine Auffassung. Der kurböhmische Assessor Franz Joseph von Linden, Sohn eines neuadeligen Kurmainzer Funktionärs,<sup>58</sup> sprach von *Vergewaltigungen* an der Ritterschaft. Der burgundische Kreisassessor Franz Joseph von Stein zu Lausnitz – von altem Adel, wenngleich kein Reichsritter<sup>59</sup> – verwies auf den Buchstaben des Friedens von Preßburg. Er bezog sich auf Artikel XIV, wenn er meinte, dass die am 25. Dezember 1805 gewährten Souveränitätsrechte lediglich denen von Preußen und Österreich glichen und keine vollständige Souveränität bedeuteten. Darüber hinaus gab es Stimmen im Kollegium, welche die *Existenz* der Ritterschaft durch die Reichsverfassung für garantiert hielten und betonten, dass der Pressburger Frieden noch nicht einmal zur *legalen Kenntnis* gelangt sei.<sup>60</sup> Damit spielten sie darauf an, dass eine Annahme des Friedens durch den Reichstag bis dato noch nicht erfolgt war. Nicht zuletzt wurde darauf hingewiesen, dass man *wohl kaum voraussetzen* könne, der Kaiser wolle als Reichsoberhaupt Reichsrechte ohne Einwilligung des Reiches preisgeben.<sup>61</sup> Einzig der kursächsische Beisitzer Friedrich August von Leutsch<sup>62</sup> widersprach der Auffassung der Mehrheit und hielt die *Protestation* der Ritterschaft für eine *Protestation*



*wider den Pressburger Frieden*, mit der sich ein *Gericht füglich nicht befassen* könne. Allein den Reichstag hielt Leutsch für das in dieser Angelegenheit kompetente Gremium. Da dieser Widerspruch angesichts der Rechtslage unbegründet war, schritt das Reichskammergericht gegen die Verletzung des Reichsrechts durch die neuen Souveräne ein und stellte ein „*Decretum sub Aquila*“ aus.<sup>65</sup>

Eine ähnliche Haltung hatten zuvor einige Gesandte am Reichstag in Regensburg vertreten. Franz Joseph von Albin, der als Staatsminister des Kurfürsten von Mainz zugleich die Stelle des Reichstagsdirektorialgesandten in Regensburg versah,<sup>64</sup> wollte nach den Beschwerden der Ritterschaft im Januar 1806 die Protokolle des Reichstags veröffentlichen lassen. Fahrenberg und der wohl einflussreichste Mann am Reichstag, Johann Eustachius Graf Görtz von Schlitz, der neben Brandenburg auch Sachsen-Weimar und Nassau am Reichstag vertrat,<sup>65</sup> unterstützten Albin. Die Mehrheit des Reichstages stimmte zu. Fahrenberg forderte für die *laut vor den Augen des ganzen Reiches* geführte Klage der Ritterschaft gegen *unerhörte Ungerechtigkeiten* schleunige Abhilfe und *Remedur*. Von *Anarchie* und offener Gewalt, die in Deutschland herrsche, war auch in Regensburg die Rede. Obgleich der Reichstag dagegen nicht einschritt und das im Namen des Kaisers erlassene Dekret des Kammergerichts letztlich keine Konsequenzen zeitigte, so war damit doch ein Widerspruch formuliert, der den neuen Souveränen anzeigte, dass das Reich ihren Mediatisierungsplänen widerstehen wollte.<sup>66</sup>

Es ist kein Zufall, dass genau zu dieser Zeit in Bayern Konzepte formuliert wurden, die auf einen vollständigen Entzug von der oberrichterlichen Gewalt der Reichsgerichte zielten. Noch während der Verhandlung der ritterschaftlichen Klage am Reichskammergericht gewann eine andere als die Auffassung Zwackhs in Bayern die Oberhand. Sie wurde vor allem von Zentner, Krenner und dem bayerischen Gesandten in Paris, Anton von Cetto, propagiert und fand ihren ersten Niederschlag in einem Gutachten über die „*Verhältnisse zur bisherigen Reichsgerichtsbarkeit*“ vom 3. März 1806.

Der Verfasser des Gutachtens, Johann Nepomuk von Krenner, orientierte sich zwar am Artikel XIV des Pressburger Friedens, wenn er betonte, dass *vor der Hand noch nicht wohl von einer vollends unbedingten Souveränität* ausgegangen werden könne, sondern von jenem Zustand, den Österreich und Preußen hinsichtlich der Reichsgerichte genossen. Allerdings diskutierte er vor allem auch die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um sich der Reichsgerichtsbarkeit zu entziehen.

Krenner schlug vor, damit zu drohen, sofort alle an den Reichsgerichten anhängigen Prozesse zu beenden und dem im Münchener Vertrag vom 16. Januar 1806 neugeschaffenen Schiedsgericht unter Napoleon zur Entscheidung vorzulegen. Zum anderen empfahl er, darauf zu verweisen, dass die bayerischen, schwäbischen und fränkischen Reichsprovinzen bereits seit dem Baseler Frieden von 1795 berechtigt seien, aus dem Reich auszutreten, da Preußen damals die Reichsverfassung verletzt habe. Es sei *eine Grossmuth der drei Höfe, Bayern, Württemberg und Baden*, sich mit einer Souveränität zu begnügen, wie sie Österreich und Preußen zukomme.<sup>67</sup> Insgesamt liefen Krenners Vorschläge auf eine Interpretation des Friedens von Pressburg hinaus, die mit dem Buchstaben des Vertrages nicht vereinbar war. In seinem Gutachten formulierte er klar, dass die Zugehörigkeit Bayerns zum Reich aufs Spiel gesetzt werden könne, um die Gebietserweiterungen durchzusetzen.

Noch konsequenter war die Auffassung des bayerischen Gesandten in Paris, Anton Freiherr von Cettos. Am 20. März 1806 schrieb er an König Max I. Joseph:

*Erst gestern habe ich ihn [Talleyrand, E.-O. Mader] darauf aufmerksam gemacht, daß die Gerichte des Reichs und auch der Reichstag durch den Vertrag von Pressburg jede Art von Autorität gegenüber Euer Majestät, dem König von Württemberg und dem Großherzog von Baden verloren haben. Das eigentliche Interesse der dem Reich untergeordneten Glieder verlange, daß man sofort eine Ordnung errichtet, die ihren politischen Status bestimmt und festlegt [...].*<sup>68</sup>

Die Folge des Friedens von Pressburg war für Cetto also eine Umbildung der Reichsverfassung nach Maßgabe der neuen Verhältnisse. Talleyrand stimmte ihm zu, dass der momentane Status unhaltbar sei und eine neue Ordnung hergestellt werden müsse. Zugleich verwies er jedoch darauf, dass Napoleon erst dann einen endgültigen Entschluss fassen könne, wenn die Rolle Preußens geklärt sei. In Frankreich kursierten unterdessen unterschiedliche Vorschläge zur Lösung der süddeutschen Angelegenheit.<sup>69</sup>

Am 10. April 1806 teilte Zentner Zwackh die neue Haltung Bayerns gegenüber den Reichsgerichten mit. Er ging nun davon aus, dass *Wir [...] als beklagter Teil in keiner Sache mehr schuldig sind, vor einem der Reichsgerichte zu Recht zu stehen*. Zugleich erhielt Zwackh den Auftrag zu überprüfen, ob die anhängigen Rechtsstreitigkeiten am Kammergericht und am Reichshofrat abgezogen werden könnten. Vor dem Hintergrund der Mediatisierungen ging es darum, Vorbereitungen zu



treffen, die anhängigen Streitsachen den Reichsgerichten zu entziehen und dem Schiedsgericht zu übergeben, das in den Beschlüssen der Münchener Allianz vorgesehen war.<sup>70</sup> Wenn auf der anderen Seite jedoch weiterhin das Verhältnis Bayerns gegenüber den Reichsgerichten geprüft wurde, so zeigt sich, dass Bayern nicht ausschließlich auf Napoleon setzte, sondern auch andere Möglichkeiten erwog. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung Montgelas', die er nachträglich dem Gutachten über die Verhältnisse Bayerns gegenüber den Reichsgerichten hinzufügte. Erst im Jahr 1807 meinte er, dass nun, da die Reichsgerichte nicht mehr existierten, die Sache auf sich beruhen könne. Diese Stellungnahme bestätigt die These, dass eine klare Entscheidung Bayerns gegen das Reich in der ersten Hälfte des Jahres 1806 noch nicht gefallen war. Die Stimmen am bayerischen Hof waren vielfältig und ambivalent. Einige zeigten sich bereit, das Reich zugunsten der eigenen Vergrößerung aufs Spiel zu setzen, wobei neben dem reinen Machtzuwachs eine Vergrößerung angesichts der existentiellen Bedrohung durch die andauernden Kriege und die Konkurrenz mit Österreich vor allem der Existenzsicherung diene.<sup>71</sup>

Eine im März 1806 anonym veröffentlichte Denkschrift des Kammerrichters Heinrich Aloys von Reigersberg reflektierte diesen Umschwung.

Zwar stellte Reigersberg kategorisch fest: *Deutschlands Verfassung war bisher und bleibt, solange das Staatsgebäude nicht ganz umgeworfen ist, monarchisch.*<sup>72</sup> Zugleich betonte er die Notwendigkeit, die Reichsgerichte zu erhalten, wenn nicht *Anarchie und Faustrecht* in Deutschland Einzug halten sollten. Auf der anderen Seite aber verwies er darauf, dass die künftige Entwicklung des Reiches von der Absicht der *pazifizierenden Mächte* abhängig sei.<sup>73</sup> Damit brachte er seine Befürchtung zum Ausdruck, der Reichsverband könne den politischen Veränderungen nicht Stand halten und Napoleon plane seine Auflösung. Zugleich wusste er, dass alles darauf ankommen würde, ob die drei süddeutschen Höfe die gewährten Hoheitsrechte im Sinne einer unteilbaren Souveränität interpretierten und versuchte diese Deutungsmöglichkeit zurückzuweisen. Reigersberg wies nachdrücklich auf den Unterschied zwischen Landeshoheit und Souveränität hin und betonte, dass man für die deutschen Verhältnisse in Frankreich nur ein Wort nämlich *souveraineté* kenne, das sowohl Landeshoheit als auch vollständige und unteilbare Souveränität ausdrücken könne.<sup>74</sup> Für den Fall, dass die neuen Souveräne nicht nur die Landeshoheit, sondern eine vollständige Souveränität beanspruchten, hielt er die Auflösung des Reiches und des Reichskammergerichts für



Graf  
von  
**REIGERSBERG**

Abb.: Heinrich Graf von Reigersberg (1770-1865) · Präsident (1797-1801) · Letzter Kammerrichter (1801/5-1806)  
Kupferstich von Karl Schleich (1788-1840) · Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar



denkbar. Deshalb entwickelte er einen ersten Plan zur Abwicklung des Kammergerichtspersonals, der im Sommer 1806 eine wichtige Rolle spielen sollte.

Trotz dieser Befürchtungen versuchte Reigersberg den Kaiser für den Erhalt des Reichskammergerichts zu gewinnen. Dies bringen eine Reihe von Briefen an einflussreiche Funktionäre Habsburgs zum Ausdruck. Man könne in dieser Situation nicht sicher sein, dass die neuen Souveräne den *nexus imperii* beibehalten, schrieb er am 21. Februar 1806.<sup>75</sup> Gerade deshalb sei es *wichtig und wünschenswert*, dass Österreich seine rückständigen kurböhmischen Kammerzieler bezahle, da sein Verhalten von anderen Reichsgliedern *zur Richtschnur dürfte gewählt werden*. Reigersbergs Schreiben lassen den Plan erkennen, den Wiener Hof zu einer gleichförmigen politischen Linie und zum Einsatz für das Reich zu bewegen und zugleich die Besoldungsprobleme am Reichskammergericht zu lösen. Den Präsidenten des Reichshofrates, den früheren Kammerrichter Karl Philipp von Öttingen-Wallerstein drängte er, die zu erwartenden Kollisionen mit den neuen Souveränen an den beiden Reichsgerichten gleichförmig zu behandeln.<sup>76</sup>

Aus Wien kam hierzu zunächst wenig Konkretes. Zwar schrieb Ferdinand von Müller am 16. April 1806 an Reigersberg, er habe die Behörden informiert und für seine *Gesinnungen* geworben. Auch versicherte er, das Anliegen des Kammerrichters würde bearbeitet.<sup>77</sup> Tatsächlich jedoch behandelte man die Angelegenheit dilatorisch. Unterdessen war man auch Kaiserhof bereit, nicht mehr unter allen Umständen am Reichsverband festhalten zu wollen. Drei Gutachten zur Auflösung des Reiches, welche die habsburgischen Funktionäre Haas, Hügel und Stadion anfertigten, brachten dies zum Ausdruck.<sup>78</sup> Sie entstanden im Mai 1806, wurden dem Kaiser jedoch erst am 17. Juni vorgelegt. Während der Legationssekretär der Prinzipalkommission am Reichstag Joseph Haas die Lage analysierte und *höchstens in den Besitzungen des Kurfürsten Erzkanzlers, in Vorpommern, Mecklenburg und den Hansestädten* noch von einer Anerkennung der kaiserlichen Oberheit ausging, mochte sein Chef, der Prinzipalkommissar am Reichstag, Johann Alois von Hügel unter den vorherrschenden Umständen an eine fernere Erhaltung der Verfassung nicht mehr glauben. Er rechnete die Vor- und Nachteile auf, die eine Beibehaltung der Kaiserkrone für Österreich mit sich bringe und kam zu dem Schluss, es sei besser, Franz II. danke ab. Obgleich er bereits über die Folgen einer Abdankung des Kaisers für die Reichsbediensteten nachdachte, wollte er, bevor ein endgültiger Schritt

erfolge noch Erkundigungen über die Pläne Napoleons einziehen.<sup>79</sup> Der kurböhmische Gesandte am Reichstag Friedrich Lothar von Stadion meinte zwar: *Alle Theile der reichsoberhauptlichen Gewalt, Gerichtsbarkeit, Executiv-Gewalt, Regalien, sind jetzt nicht in Anwendung zu bringen. Jeder Versuch, sie geltend zu machen, würde mächtigen Widerspruch erregen, dem man nachgeben müßte.* Gleichwohl erörterte er die Frage der Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone nicht nur hinsichtlich der Vor- und Nachteile für Österreich, sondern auch in Abhängigkeit von der politischen Lage.<sup>80</sup>

Nachdem Kardinal Fesch zum Koadjutor des Reichserzkanzler Dalberg ernannt worden war, erzwang Napoleon die Gründung des Rheinbundes und stellte am 22. Juli 1806 an den österreichischen Geschäftsträger in Paris, Graf Vincent, ein Ultimatum mit der Drohung, keinen Kaiser und kein Reich mehr anzuerkennen. Darauf erfolgte am 1. August die Bekanntgabe des Austrittes der sechzehn deutschen Fürsten aus dem Reich am Reichstag zu Regensburg. Noch vor Ablauf des napoleonischen Ultimatums legte Kaiser Franz am 6. August 1806 sein reichsoberhauptliches Amt und die damit verbundene Kaiserwürde nieder, sagte sich und seine Staaten vom Reich los, betrachtete die Reichsverfassung durch die Gründung des Rheinbundes als erloschen und entließ die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches sowie alle anderen Reichsangehörigen, Reichsdienere und die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte aus den verfassungsmäßigen Pflichten, die sie an den Kaiser banden.<sup>81</sup>

## V. Die Auflösung des Reiches und ihre Bewertung

Erschütterung und Bestürzung, Trauer, Niedergeschlagenheit und Schmerz – mit diesen Begriffen suchten die Zeitgenossen ihre Eindrücke von der Auflösung des Reiches zu beschreiben. Eine solche Semantik verweist auf eine tiefe Betroffenheit, ja auf die Fassungslosigkeit, die im Sommer 1806 herrschte. In der Tat hielt man in Deutschland angesichts der Ereignisse zunächst den Atem an und konnte nur seinen Gefühlen Ausdruck verleihen. So berichtete Graf Görz, der mehrere Reichsstände am Reichstag in Regensburg vertreten hatte, an Herzog Carl August von Sachsen-Weimar *mit erschüttertem Gemüt und in dem tiefsten Schmerzgefühl* von dem zu Paris gegründeten Rheinbund.<sup>82</sup> Der Fürsten-



ratsgesandte Dänemarks Adolf Gottlieb von Eyben meinte, es müsse *einem Deutschen immer weh tun [...] seine alte wenngleich fehlervolle und nicht mehr auf den Geist der Zeit passende – ehrwürdige, mit dem Blute der Vorfahren erkaufte Konstitution zu Grabe getragen zu sehen*.<sup>83</sup> Unter den habsburgischen Funktionären lassen sich auch Reaktionen von ohnmächtiger Wut über die Austrittserklärung der Rheinbundstaaten feststellen. Aegid Josef von Fahrenberg, der österreichische Gesandte im Fürstenrat, hielt die von dem französischen Geschäftsträger Bacher zur Diktatur gegebene Erklärung der konföderierten Staaten für eine *beispiellose Misshandlung des deutschen Reichs*<sup>84</sup> und aus der Prinzipalkommission klagte der Kanzleidirektor Josef Haas über die rechtswidrige *Anmaßung einer fremden Macht und einzelner Reichsstände*.<sup>85</sup> Ein Bericht des Kammerrichters Heinrich Aloys von Reigersberg vom 3. August 1806 fasste die Gemütslage in Regensburg zusammen, dessen Einwohner ob der Nachteile der Auflösung des Reichstages ebenfalls niedergeschlagen waren<sup>86</sup>: *Bestürzung ist auch hier an der Tagesordnung, und ihrer Stelle veraltete Männer theilen mit den jüngeren weniger durch Erfahrungen abgehärteten Männern ein ihr innerstes erschütterndes Gefühl*.<sup>87</sup>

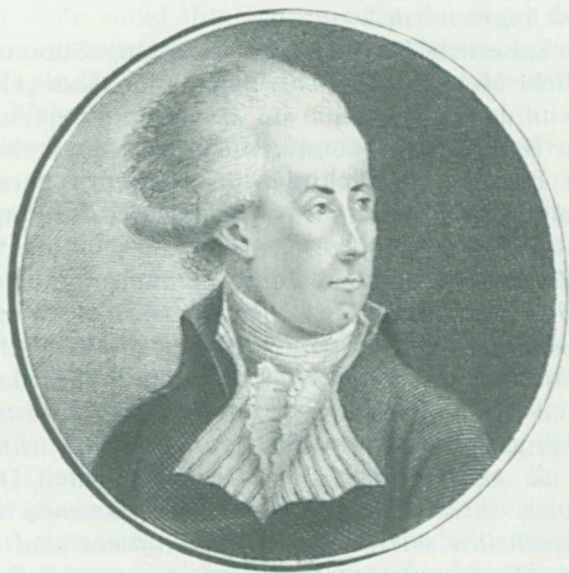
Sprachlosigkeit angesichts der Entwertung einer fast tausendjährigen Vergangenheit, herrschte nicht nur in Regensburg, sondern kam auch in den von Trauer geprägten Antwortschreiben der deutschen Fürsten auf die Abdankungserklärung zum Ausdruck. Sie betonten meist, den Schritt des Kaisers unkommentiert lassen zu wollen.<sup>88</sup> Auch die zeitgenössische Presse setzte sich mit den Ereignissen anfangs ebenfalls nicht auseinander, sondern druckte beginnend mit der Wiener Zeitung vom 9. August 1806 lediglich den Wortlaut der Abdankungserklärung und der Zusatzverfügung ab.<sup>89</sup> Der Protonotar des Reichskammergerichts Joseph Anton von Vahlkampf suchte im September 1806 eine Erklärung für dieses Phänomen des öffentlichen Schweigens. Er wunderte sich darüber, dass die Auflösung des Reiches, obgleich sie ein unvergleichlicher Vorgang in der deutschen Geschichte sei und bei den Deutschen einen tiefen Eindruck hinterlassen habe, noch nicht zum Gegenstand der deutschen Publizistik geworden sei. Während sich die Schriftsteller früher mit jeder noch so kleinen Veränderung in der Reichsverfassung, ja mit jedem *dunklen Buchstaben im Besitz des Kaisermantels* beschäftigt hätten, habe nun keiner zur Feder gegriffen. Die einzige Erklärung, die er für diesen Widerspruch fand, war psychologischer Natur: *Das Factum ist so neu, so unerwartet, so hochwichtig, so durchgreifend, – so alles was war, was seit ein Jahrtausend war, erschütternd, daß der Geist das Ganze noch nicht fassen*



kann. Der Geist kann die Frage: wie ist es jetzt? noch weniger fassen, als die Frage: wie wird es künftig seyn? was wird jetzt unsere Verfassung seyn? Punkte, woran er sich jetzt hängen kann, Momente, aus welchen er die Beantwortung dieser Fragen ableitet, suchend, ruht er sich nur an Punkte der Ansicht: wie war es bey Deinen Vorältern? Wie war es bey Dir? Ansichten und unvollständige Vergleichung der reminiscierten Gegenstände mit ihren künftigen Surrogaten, – dies ist das, was er jetzt vermag.<sup>90</sup>

Anders als der Topos es will, prägte also nicht Teilnahmslosigkeit die Reaktionen der Zeitgenossen, sondern die Zuflucht zu einer Semantik der Beschreibung außerordentlicher Gefühls- und Bewusstseinszustände, die ihre Ursache in einem Übermaß von Veränderungen hatte, das nicht mehr begreifbar schien. Vor diesem Hintergrund ist es auch erklärbar, dass die kaiserlichen Erklärungen von den Zeitgenossen nicht für *recht papierene* Proklamationen<sup>91</sup> gehalten wurden, sondern allgemein mit einem Gefühl von Bewunderung für die *gemäßigte* und *würdevolle Sprache* aufgenommen wurden. Ja es lässt sich geradezu eine Ästhetisierung des Kaisers feststellen, der angesichts der Unaussprechlichkeit der Ereignisse die rechten Worte gefunden zu haben schien. Graf Görz konnte *kein Wort in beyden Manifesten* finden, *welches nicht vollkommen den Umständen, und der Würde des Throns angemessen sey*.<sup>92</sup> Die „Allgemeine Zeitung“ rühmte am 1. September 1806 die Seelenhoheit, mit der Franz II. *den Reichsapfel, das Sinnbild der Weltenherrschaft* von sich gelegt habe und pries die Erhabenheit des Monarchen *im Herabsteigen über die Stufen des Thrones*. Sie hob zugleich die *Meisterschaft* hervor, die der Kaiser *in diesen Tagen des Umsturzes über seine Gefühle zu behaupten* vermochte. Aegid von Fahrenberg, der dem aufgelösten Reichstag am 11. August die per Estaffette nach Regensburg geschickten Abdankungspatente des Kaiser vorgetragen hatte, verwies auf den *ungeheueren Eindruck*, die sie bei den vormaligen Gesandten verursachte.

Der Kanzleidirektor Joseph Haas bestätigte dies: *Seit man Zeit gehabt, die beyden kaiserlichen Manifeste mit Muse zu prüfen, haben sich zu den ersten Empfindungen der Bestürzung und Niedergeschlagenheit auch noch die der Bewunderung über die gemäßigte und würdevolle Sprache, mit welcher jene Niederlegung geschehen ist, gesellet. Dieß Urtheil ist allgemein und wird selbst von denjenigen laut geäußert, welche sich ehemals ein eigenes Geschäft daraus gemacht hatten, alle Schritte des allerhöchsten Hofes zu tadeln. – Eine ernste feierliche Stimmung herrscht in allen Cirkeln; man scheint von seinen alten Vorurtheilen zurückgekommen zu seyn, und es*



Egid Joseph Karl  
 von Fahrenberg, auf Burgheim,  
 geb. 1749.

C. M. Bock sc. 1799.



*läßt sich nicht ohne Grund auf diese Stimmung Hoffnung bauen, daß von dem Augenblicke an, wo die deutschen Fürsten von ihren Pflichten gegen das Reichsoberhaupt entlassen worden, eine neue Periode freywilliger Anhänglichkeit folgen werde.*<sup>95</sup>

Während der kaiserliche Hof versuchte, die günstige Stimmung zu nutzen, um die öffentliche Meinung durch die Publikation einer „kleinen Schrift“ positiv zu beeinflussen, begannen im August und September auch die Publizisten die Ereignisse zu kommentieren. Zu den ersten gehörte die von Wilhelm Bendict von Schirach in Hamburg herausgegebenen Zeitschrift „Politisches Journal“. Hier wurde die Abdankung des Kaisers als Erfüllung einer Vorahnung gesehen und auf die Rolle Napoleons als Bewegter der Zeit verwiesen.<sup>94</sup> Auch die „Nationalzeitung der Teutschen“ stellte einen Zusammenhang zwischen dem Schicksal des Reiches in Gestalt Napoleons und den Vorahnungen her, die sich erfüllt zu haben schienen. Zentral war dabei der Rückbezug auf den Frieden von Campo Formio.<sup>95</sup> Damals sei das Reich bereits in seinen Grundfesten erschüttert worden, allerdings habe danach die *Verbindung der teutschen Staaten immer noch als ganzes* angesehen werden können. Denn in ihrer Grundverfassung, ihrem wechselseitigen Gerechtsamen und gewissen Gesamtangelegenheiten sei das Reich der Aufsicht und Leitung eines selbstgewählten Oberhauptes untergeordnet gewesen. Es habe als Korps der Reichsstände auf dem Reichstage zusammen mit dem Kaiser vereinigt, die *höchste Gewalt* ausgeübt.<sup>96</sup> Zur gleichen Zeit erschienen zwei von Joseph Anton von Vahlkampf herausgegebene Bände, die sich mit dem Ende des Reichskammergerichts befassten. Außerdem setzte die Rheinbundpublizistik ein, die sich mit Problemen der Abwicklung des Reiches beschäftigte. Das Schweigen der Schriftsteller war damit überwunden.<sup>97</sup>

Wie aber setzten sich die Angehörigen des Reichskammergerichts mit der Auflösung des Reiches auseinander? Betrachtet man zunächst das Geschäft am Kammergericht, so könnte man meinen, sie hätten die Gerichtstätigkeit noch vor dem Austritt der Rheinbundstaaten aus dem Reich eingestellt. Die letzte Audienz fand nämlich am 17. Juli 1806 in Wetzlar statt. Wie dies bei Audienzen gewöhnlich geschah, wurden dort die Endurteile verkündet, insgesamt elf an der Zahl. Ferner verhandelte man einundvierzig Auflagen<sup>98</sup> zu bereits beendeten oder noch nicht abgeschlossenen Reichsprozessen.<sup>99</sup> Ungewöhnlicherweise wurde diese Audienz als zusätzlicher Gerichtstermin anberaumt. Allerdings beging man sie in keiner Weise besonders feierlich, wie es dem Anlass angemessen



gewesen wäre. Dies zeigt schon die Besetzung. Der Kammerrichter, Heinrich Aloys von Reigersberg, ließ sich durch seinen Ersatzmann, den katholischen Präsidenten Adam Friedrich von Schenk zu Stauffenberg, vertreten. Zur Seite stand ihm ein einziger Beisitzer, der wegen der alternierenden evangelischen Kreise präsentierte Assessor Georg Gottlob von Balemann – ein Mann von einundsiebzig Jahren, der zweitälteste Jurist des gesamten Richterkollegiums.<sup>100</sup>

Die spärliche Besetzung der Richterstühle entsprach der gängigen Praxis bei den turnusmäßigen, gewöhnlichen Audienzen, die meist nicht vom Kammerrichter persönlich, sondern von einem der beiden Präsidenten des Gerichts geleitet wurden. Diesen Veranstaltungen wohnten meist nur wenige Assessoren bei. Außergewöhnlich waren auch die gesprochenen Urteile nicht: Appellations- und Citationsurteile und auch Mandate wurden erlassen, darunter eine Klage des Abtes von Corvey gegen die Reichsstadt Köln.<sup>101</sup> Tatsächlich war es gewöhnliches Geschäft, das die letzte Audienz bestimmte, nicht der Vollzug der kommenden Ereignisse im Voraus.<sup>102</sup> Den entscheidenden Hinweis, weshalb dies so war, gibt das Diensttagebuch des Kammerrichters. Er trug für den 21. Juli 1806 *ferias* ein und zeigte damit an, dass das Gericht kurz vor den großen alljährlichen Kameralferien stand. Deshalb wurde unüblicher Weise der bereits dritte Gerichtstag in einer Woche einberufen, wurden noch rasch die Urteile zur Verkündung vorbereitet: Man stand vor der jährlich wiederkehrenden Periode bis Ende August, in der keine öffentlichen Audienzen abgehalten wurden.<sup>103</sup>

Damit ist deutlich, dass das Reichskammergericht ebenso wie der Reichstag in den Ferien von der Auflösung des Reiches überrascht wurde. Tatsächlich stellte es seine eigentliche Gerichtstätigkeit erst am 13. August 1806 ein.<sup>104</sup> Genau an diesem Tag druckten die wichtigsten Zeitungen Deutschland die Nachricht von der Abdankung des Kaisers ab.

Zu Reaktionen kam es jedoch schon früher. Als die Nachricht von der Gründung des Rheinbundes eingetroffen war, fand sich am 29. Juli 1806 die Plenarversammlung der Richter zusammen. Man war sich über den Ernst der Lage bewusst; erste Maßnahmen wurden getroffen. Heinrich Aloys von Reigersberg und der katholische Reichskammergerichts-Präsident Adam Friedrich von Stauffenberg schrieben besorgte Briefe an die Staatsregierungen in Mainz und Wien.<sup>105</sup> Sie wollten damit die Betroffenheit des Kammergerichts und seines Personals in Erinnerung rufen und ein günstiges Klima für weitere Schritte schaffen. Reigersberg empfahl



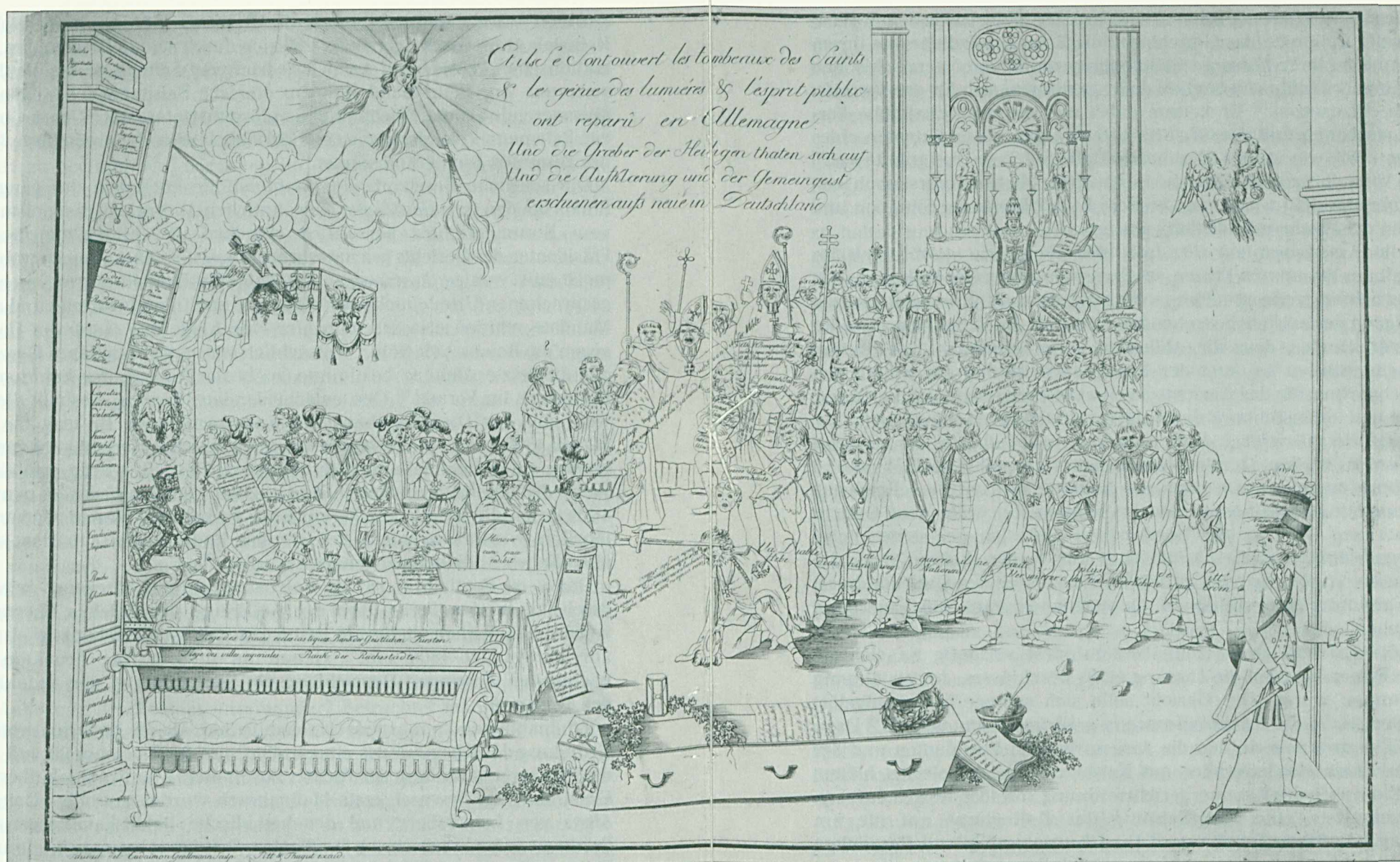


Abb.: Schirach, um 1802 „Und die Gräber der Heiligen thaten sich auf und die Aufklärung und dr Gemeingeist erschienen aufs neue in Deutschland“ 33,2 cm x 51 cm. · Kupferstich, Inv.-Nr. 0/2338 · © Historisches Museum der Pfalz, Speyer 2005 · Fotograf: Kurt Diehl



Karl Theodor von Dalberg, seinem Staatskanzler Albini sowie dem Reichsvizekanzler Colloredo das Gericht und die Reichsjustizdiener zu ihrem *Schutz* und zu ihrer *Fürsorge*. Stauffenberg wollte den österreichischen Staatsminister Phillip von Stadion dafür gewinnen, sich für das *Beste des Gerichts* einzusetzen.<sup>106</sup> Er konnte dabei auf verwandtschaftliche Verbindungen bauen und darauf zurückgreifen, dass er zu Gunsten eines Stadions 1789 von seiner Domherrenstelle in Trier resigniert war.<sup>107</sup> Andere Vorstellungen an deutsche Fürstenhöfe blieben vorerst noch aus: Am Kammergericht wollte man erst die Entwicklung der Situation und die Voten der Plenarversammlung abwarten.

Als die Assessoren am 29. Juli 1806 nicht wie gewöhnlich im Kameralhaus zusammen kamen, sondern sich geheim im Wohnhaus des Kammerrichters versammelten, schlug Reigersberg eine Strategie zur Bewältigung der existenzbedrohenden Krise vor. Er stellte klar, dass der Kurfürsterkanzler, dem die Abfassung einer künftigen Konstitution übertragen worden sei, und der Kaiser auch künftig die wichtigsten Ansprechpartner für das Gerichtspersonal blieben. Dann schlug er vor, in Wien und Aschaffenburg durch Privatvorstellungen *wo nicht für die Erhaltung des Gerichtes, doch wenigstens zum Besten der Gerichts Individuen* zu wirken. Darüber hinaus bot er an, selbst nach Wien und Regensburg zu reisen, um auch die Vertreter der auf dem Reichstag versammelten Stände ansprechen zu können. Er wolle dem Gericht mit *Rath und That* an die Hand gehen und sich bei seiner Reise die *unverkennbare Wahrscheinlichkeit* vor Augen halten, dass die *unmittelbare Auflösung* oder *mittelbare Erlöschung* des Gerichts durch die Abtrennung des südlichen Deutschlands vom Reichsverband bevorstehe.<sup>108</sup>

Um die Existenz des Tribunals zumindest vorläufig zu sichern, drängte Reigersberg auf die Fassung eines Beschlusses, der einstimmig angenommen wurde. Das Gericht solle sich solange als unaufgelöst betrachten, bis es die *Reichsregierung in gehöriger Form aufhebe*.<sup>109</sup> Dazu sei der Eid zu erneuern, den die Assessoren und Präsidenten und der Kammerrichter gleichermaßen auf Kaiser und Reich geleistet hätten. Dieser Eid war in der Kammergerichtsordnung von 1555 festgeschrieben und beinhaltete eine Verpflichtung des Kollegiums auf die am Reichstag getroffenen Beschlüsse.<sup>110</sup> Die Übereinkunft bis zur förmlichen Auflösung des Gerichtes zusammenzubleiben war von enormer Bedeutung: Zum einen deshalb, weil damit die Plenarversammlung, beibehalten wurde. Zum anderen war damit festgelegt, dass der



Beschluss, das Gericht sei aufgelöst, nur dann akzeptiert werden könne, wenn eine Entscheidung des Reichstags zugrunde liege. Insgesamt konnten damit die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Veränderungen in einer Solidargemeinschaft der Wetzlarer Reichsrichter zu bewältigen.

In der Plenarversammlung des 29. Juli 1806 herrschte ein mehrheitlicher Konsens darüber, dass in der ersten Phase der Reaktion, in der man auf Prognosen angewiesen war, die sich auf Gerüchte und Privatinformationen stützten, alles getan werden müsse, um die Situation offen zu halten und die materielle Existenz der Gerichtsmitglieder nicht zu gefährden. Nicht zuletzt deshalb konnte sich Reigersberg mit seinem Vorschlag durchsetzen, nach Regensburg und Wien zu reisen. Zugleich wurden weitere Kameralsschreiben an den Kurfürsterzkanzler, den Kaiser sowie den König von Preußen versandt.<sup>111</sup> Dabei trug man nicht nur der *de facto* geschaffenen Dreiteilung Deutschlands in Österreich, den Rheinbund und Norddeutschland Rechnung,<sup>112</sup> sondern hielt sich auch die Option auf eine Fortexistenz des Gerichts offen.

Als Reigersberg nach der Erklärung der Rheinbundstaaten in Regensburg ankam, meldete er, dass er über die Ruhe des Reichsgerichts im Moment außer Sorge sei. Kurze Zeit später musste er in Wien jedoch die seit dem 1. August 1806 vorbereitete Abdankungserklärung des Kaisers samt eines an ihn gerichteten kaiserlichen Handbillets vom 7. August 1806 entgegen nehmen, in dem es hieß:

*Lieber Graf Reigersberg! Sie erhalten in Anlage meine Erklärungen vom 6. dieses Monats, durch welche Ich bei nunmehriger Auflösung der Verfassung des deutschen Reichs die reichsoberhauptliche Würde und damit verbundene Kaiserkrone niedergelegt, und Kurfürsten, Fürsten, Stände und Angehörige des Reichs, die höchsten Reichsgerichte und übrige Reichsdienerschaft den Pflichten, mit denen Sie mir verhaftet waren, entlassen habe.*<sup>113</sup>

Am 8. August teilte der Außenminister des Kaisers von Österreich, Graf Phillip von Stadion in einer Note mit, er sei nach der Niederlegung der Reichsregierung beauftragt worden, Reigersberg in *allerhöchstem Namen* zu erkennen zu geben,

*daß diesem Reichsgerichte wegen Sistirung der im allerhöchsten Namen geführten Justizpflege, Ordnung und Aufbewahrung der Acten, Behandlung der Depositen und sonstiger etwaig vorfindlicher Gelder, die den Umständen angemessene Verfügung zu treffen, lediglich überlassen bleibe.*<sup>114</sup>

## VI. Ist das Reichskammergericht aufgelöst?

Natürlich reagierte man am Kammergericht tief betroffen und fürchtete sowohl um die eigene Existenz als auch um die Existenz des Gerichtes. Doch passive Zurückhaltung, die Formulierung von Zukunftsängsten und der Ausdruck von Trauer waren nur die eine Seite. Auf der anderen Seite galt es zunächst eine drängende Frage lösen, um deren Willen man eine Plenarversammlung anberaumte: War das von Kaiser und Reich gemeinschaftlich konstituierte Reichskammergericht durch einseitige Verfügungen der Rheinbundstaaten und des Kaisers aufgelöst? Existierte das aus Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren bestehende Collegium Camerale noch? Während solche Fragen an den vom Kaiser bzw. vom Kurfürsterkanzler abhängigen Reichsbehörden in Wien, dem Reichshofrat und der Reichskanzlei, eindeutig beantwortet wurden, kam man in Wetzlar angesichts der noch unsicheren Lage im August und September 1806 zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Am ersten Tag nach den Gerichtsferien tagte die Plenarversammlung. Man hörte den Vortrag der Assessoren Franz Arnold von der Becke und Karl Levin von Hohnhorst. Beide waren entschlossen, einen entscheidenden Schritt zu tun und die Ferien des Gerichts nicht weiter zu verlängern.<sup>115</sup> Dies hielten sie einerseits deshalb für nötig, weil das Gericht infolge der Erklärungen des Kaisers nicht mehr wie bisher in seinem Namen Recht sprechen könne. Andererseits müsse man nun reagieren, weil es im nördlichen Deutschland Länder gebe, die keine obere Gerichtsstelle außer dem Reichskammergericht hätten<sup>116</sup> und weder das „Handbillet“ des Kaisers an den Kammerrichter noch die Note des Grafen von Stadion kennen würden. Vor allem aber musste eine Erklärung darüber abgegeben werden, ob das Reichskammergericht aufgehört habe zu existieren, damit die „Pensionen“ des Reichskammergerichts-Personals auf dem Rheinischen Bundestag in Frankfurt geregelt werden konnten, dessen baldige Eröffnung man erwartete.<sup>117</sup>

Die Referenten von der Becke und Hohnhorst entschieden sich dafür, die Gerichtsfunktionen des Reichskammergerichts für aufgelöst zu halten. Denn der Kaiser habe die deutsche Krone nicht nur niedergelegt, *sondern zugleich auch das Amt und die Würde eines Kaisers für erloschen erklärt*. Darüber hinaus habe er *das Band*, womit er und seine deutschen Provinzen an *den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden waren*, für aufgelöst angesehen. Mehr noch habe Franz II. *alle Kurfürsten, Fürsten und Stände, namentlich die höchsten Reichsgerichte* von den Pflichten ihm



gegenüber entbunden. Diese Erklärung sei dem *ganzen deutschen Reich* bekannt gemacht worden. Außerdem hätten sich auch die im Rheinbund konföderierten Staaten vom Reich getrennt und die Reichsgesetze für aufgehoben erklärt. Schließlich sei weder ein Reichserzkanzler noch ein Reichstag mehr anzutreffen, weshalb *das deutsche Reich, die Reichsverfassung, Reichsgesetze und Reichs Gerichte zu existieren aufgehört hätten*.<sup>118</sup>

Diese Auffassung fand am 26. August 1806 die Mehrheit im Kameralkollegium. Gleichwohl wurde ihr widersprochen. Als der kursächsische Reichskammergerichts-Beisitzer Leutsch nach längerer Abwesenheit nach Wetzlar zurückgekehrt war, stellte er sich am 16. September 1806 die gleiche Frage wie von der Becke und Hohnhorst.<sup>119</sup> Er war über ihr Referat informiert und entwickelte seine Argumentation entlang ihres Gutachtens, suchte es aber Punkt für Punkt zu widerlegen.

*Zwar sei es wahr*, betonte Leutsch, dass *kaiserliche Majestät* nicht nur die *teutsche Krone* niedergelegt, sondern zugleich das Amt und die Würde eines Kaisers für erloschen erklärte habe. Auch habe er das Band, das ihn *bis jetzt an den Staatskörper des teutschen Reichs gebunden habe*, als *gelöst* angesehen. Darüber hinaus halte der Kaiser das *Reichsoberhauptliche Amt* und die damit verbundene Würde durch die Vereinigung der konföderierten Staaten für erloschen und sich aller Pflichten dem Reich gegenüber für enthoben. Dennoch sei die Reichsverfassung nicht aufgelöst.

Entscheidend für Leutsch war, dass die Reichsverfassung auf dem gemeinsamen Willen von Kaiser und Reichsständen gründe. Wenn der Kaiser einseitig die Erlöschung des *reichsoberhauptlichen Amtes* erkläre, so müsse erst eine gleiche Erklärung der übrigen Stände abgewartet werden, um die Reichsverfassung als *aufgelöst* und *erloschen* betrachten zu können. Konsequenter folgte er daraus, dass auch das von Kaiser und Reichsständen gemeinschaftlich konstituierte Reichskammergericht nicht für aufgelöst zu halten sei. Er unterstrich seine Auffassung, indem er auf den reichsständischen Charakter des Gerichts verwies und an den Eid erinnerte, den die Angehörigen des Kameralkollegiums auf Kaiser und Reich geschworen hatten.<sup>120</sup>

Mit diesen beiden Gutachten standen sich zwei grundsätzlich verschiedene Interpretationen der Folgen der Erklärungen des Sommers 1806 gegenüber. Mit den unterschiedlichen Auffassungen hingen verschiedene politische Konzepte zusammen, mit denen die Referenten das Reich zu erfassen versuchten. Geradezu paradigmatisch gerann in beiden Positionen die Diskussion über das Reich während des 18.



Jahrhunderts. Um dies zu verdeutlichen sollen die Kernbegründungen in den beiden Gutachten gegenübergestellt werden.

Im Gutachten von der Beckes und Hohnhorst hieß es:

*Der alte deutsche Staatskörper bestand aus und in seinem Ganzen, haben sich die Stände des südlichen Theils davon losgesagt, so sind dadurch auch die Stände im Norden davon getrennt. Wenn das Ganze aufgelöst ist, so hört es auf zu seyn, sowohl für die, welche die Auflösung bewürkt haben, als für diejenigen, welche, obschon sie dazu nicht beygetragen haben, dennoch außer den alten Verband gesetzt worden sind. Diese letzteren können keine Verfassung fortsetzen, die nicht mehr vorhanden ist, und wollen sie unter sich eine der bisherigen ähnliche beybehalten, so muß dieses durch eine besondere Uebereinkunft geschehen, sie bilden eine ganz neue Verfassung, und stiften ein ganz neues Reich.*<sup>121</sup>

Hier ist vom Reich als unteilbarem Staatskörper die Rede. Dies bedeutet, dass das Reich bereits mit dem Austritt der Rheinbundstaaten als aufgelöst gilt, da sich ja Teile vom unteilbaren Staatskörper gelöst haben. Eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Abdankung des Kaisers ist damit für von der Beckes und Hohnhorst eigentlich überhaupt nicht mehr relevant. Das zugrunde gelegte Staatskonzept verweist auf eine organologische Staatsauffassung, in der einzelne Organe zusammenwirken und zu einem übergeordneten Ganzen vereinigt sind. Dies war eine Staatsauffassung, die einerseits an die *dogmatischen Grundpositionen* des deutschen Staatsrechts erinnert, wie sie im Vormärz vertreten wurden.<sup>122</sup> Andererseits flossen in diese Position auch Überlegungen ein, wie sie im Kontext der Theorien des jüngeren Naturrechts entwickelt worden waren, die vor allem von der Becke im Kontext seines Staatsdienertraktes rezipiert hatte.

Betrachtet man die Argumentation Leutschs, so scheinen sich eine *moderne* Staatsauffassung und eine ältere Vorstellung des Staates als *persona moralis composita* gegenüberzustehen. Leutsch wandte sich direkt gegen die zitierte Deutung von der Beckes und Hohnhorsts:

*Wenn der teutsche Staatskörper ein physischer Körper oder ein Skelett wäre, das man nach Gefallen auseinandernehmen und wieder zusammensetzen kann, oder wenn die Existenz des teutschen Reichs mit seinem geographischen Umfange unzertrennlich verbunden wäre, so würde ich gegen jenes Argument nichts einzuwenden wissen. Da aber der teutsche Staatskörper eine moralische Person ist, und man diese nicht so zerstückelt, wie einen physischen Körper, so kann mich dasselbe nicht überzeugen. Ein Staat höret nicht auf zu seyn, wenn 16 Individua emigriren, oder 16*

*Provinzen desselben verloren gehen [...] weil der teutsche Staat eine unabhängige Gesellschaft ist, und eine solche nur dann zu seyn aufhören kann, wenn der Wille sämtlicher Interessenten sie aufhebt.*<sup>123</sup>

Für Leutsch war der Staat eine *moralische Person*, die nicht so zerstückelt werden kann, wie ein physischer Körper. Er betrachtete den Staat als rückgebunden an den Willen aller und verstand das Staatsoberhaupt, den Kaiser, als *Primus inter pares*. Seine Vorstellung orientierte sich am älteren deutschen Naturrecht, namentlich an der Pufendorf'schen Konzeption des Staates als *persona moralis composita*. Pufendorf hatte seine Naturrechtstheorie an Hobbes geschärft, vertrat jedoch eine andere Konzeption des Kontraktualismus, eine weichere Form, die für die deutsche Naturrechtsdiskussion bedeutend wurde.<sup>124</sup> Wie Pufendorf identifizierte Leutsch den Staat mit der Gesellschaft und erklärte seine Entstehung über verschiedene Formen der Vergesellschaftung, die bereits im Naturzustand angesiedelt waren. In der Konsequenz dieser Auffassung lag es, dass die aus verschiedenen Gliedern zusammengesetzte *persona moralis composita* durch den Austritt einzelner nicht aufhört, sondern in einer anderen, verkleinerten Form weiterexistierte.

Obgleich von der Becke und Hohnhorst das Reich also bereits mit dem Rheinbund für aufgelöst hielten, erklärten sie das Reichskammergericht nicht für vollständig aufgelöst, sondern lediglich hinsichtlich seiner Rechtsprechungskompetenzen. Dementsprechend wurde nun ein Schreiben an den Kaiser erlassen, in dem die Angehörigen des Kameralkollegiums betonten, tiefgebeugt ihre Tätigkeit als Diener der am Unrecht leidenden Reichsbürger niederzulegen. Man informierte die deutschen Fürsten über die gegenwärtige Lage *in Hinsicht auf die Justizpflege*, wollte aber einer und künftigen Regelung der Angelegenheiten des Kammergerichts nicht vorgreifen.<sup>125</sup> Die Referenten betonten ausdrücklich, dass noch dieselben Rechte und Pflichten des Reiches gegenüber dem Reichskammergericht galten wie bisher, sofern sie nicht ausdrücklich durch die Erklärungen der Rheinbundstaaten und des Kaisers außer Kraft gesetzt worden seien. Dies bedeutete, dass auf die Kammerzieler, aus denen die Richter besoldet wurden, weiterhin Anspruch erhoben wurde.

Trotz dieses Beschlusses war Leutsch nicht der einzige, der das Kammergericht nicht für aufgelöst hielt. Der evangelische Präsident des Reichskammergerichts Franz Paul Christoph von Seckendorff beurteilte die Lage ganz ähnlich. Er gab zu Protokoll, dass er *beständig die Meinung*



geäußert habe, dass *dieses Gericht fortbestehe und nur in seinen ihm obliegenden Verpflichtungen gehemmt sei.*<sup>126</sup> Eine vergleichbare Stimme war auch am Reichstag vernehmbar: die des kursächsischen Gesandten Hans Ernst von Globig,<sup>127</sup> der im September 1806 meinte:

*Es schmerzt mich sehr, zu hören, daß der Herr Fürstprimas dem ehrwürdigen Reichstribunal, dessen Schutzherr er seyn sollte, so einseitig allen Collegialischen Wirkungskreys genommen, und daßselbe seinem dasigen für die Wetzlarer Bürger geeigneten Appellations Gericht untergeordnet hat !! – Gleich als wenn das Reichsgericht nicht der übrigen, gesunden Hälfte Deutschlands zugehörte!*<sup>128</sup>

Es sollte sich bald erweisen, dass solche theoretischen Einwendungen der Macht der Ereignisse wenig entgegensetzen konnten. Allerdings hielt das Kammergericht an dem Beschluss solange zusammenzubleiben, bis es durch das Reich förmlich aufgelöst sei, weiterhin fest. Denn einerseits hofften einige, dass ein rheinisches Bundesgericht als Ersatz für das Kammergericht entstehen würde. Zum anderen waren die Pensionen der Kameralen mit Ausnahme des Kanzleipersonals, das der Fürstprimas aus seinem Staatssäckel unterstützte, nicht geregelt. Dass dem so war, hing mit einem Regelungsdefizit zusammen, das nach den Erklärungen der Rheinbundstaaten und des Kaisers bestand. Während die sechzehn konföderierten Staaten zwar den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 als bindend betrachteten, hatten sie jedoch keine Verfügungen in Bezug auf das Kammergericht getroffen. Der Kaiser überwies am 6. August 1806 die finanzielle Fürsorge für die Angehörigen des Kammergerichts in die Zuständigkeit der vormaligen Reichsstände. Franz II. übernahm im Zuge seiner Abdankung die Richter des Reichshofrates auf seine Pensionskassen, richtete einen Fond für die Angehörigen der Reichskanzlei ein und bezahlte an das Kammergericht die seit 1797 rückständigen kurböhmischen Kammerzieler.<sup>129</sup> Anders als viele vormalige Reichsstände weigerte er sich jedoch, für den Unterhalt des Kammergerichts nach der Auflösung des Reiches aufzukommen.

## VII. Die Abwicklung des Kammergerichtspersonals

Um den Kameralen ihre Pension zu sichern, hatte Reigersberg bereits Anfang August 1806 begonnen, bei deutschen Fürsten und ihren politisch-administrativen Eliten für den Pensionsplan zu werben, der aus der

bereits erwähnten Schrift vom März 1806 stammte. Demnach hätten die Kammerzieler um ein Drittel erhöht werden sollen, um den Lebensunterhalt aller Kameralen zu sichern. Was Reigersberg hier vorschlug, war insofern neu, als die Kammerzieler eigentlich nur den sogenannten besoldeten Kameralen zustanden. Zu diesen gehörten die Angehörigen des Kammeralkollegiums – also Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren – sowie einige andere subalterne Kameralen wie etwa die reitenden Boten. Die Anwälte und das Kanzleipersonal wurden demgegenüber nicht aus der Sustentationskasse des Kammergerichts bezahlt, in die die Kammerzieler flossen.<sup>150</sup>

Hatte Reigersberg darauf gesetzt, dass der Reichstag die Pensionsfrage lösen würde, so wurde diese Hoffnung spätestens im September 1806 enttäuscht. Man teilte ihm mit, dass die Versorgung der Kameralen in Regensburg, *wo alle Geschäfte aufhören, und alles abreist* nicht geschehen könne.<sup>151</sup> In der Tat fasste der Reichstag keinen Beschluss mehr. Damit bestand für die Kameralen also keine gesetzliche Regelung ihrer Pensionen, die mit den Beschlüssen für die Staatsdiener und Geistlichen der säkularisierten und mediatisierten Territorien im Reichsdeputationshauptschluss vergleichbar gewesen wäre.

Über dieses Regelungsdefizit wunderten sich schon die Zeitgenossen. So kommentierte ein unbekannter Verfasser im Herbst 1806:

*Bei den großen Veränderungen und Umwälzungen, welche Deutschland seit vier Jahren erlitt, ist ein hervorstechender Zug des deutschen Charakters, daß man [...] gesucht hat, das Schicksal derer zu mildern [...], welche bei jeder Revolution fast immer am meisten leiden. Dies war vorzüglich der Fall, als bei der letzten Reichsdeputation von den Rechten der Staatsgläubiger, der zur Säkularisation bestimmten Geistlichen, und den Beamten und Staatsdienern die Rede war [...] Aber wie mag es denn doch kommen, daß bei der so oft gezeigten Gerechtigkeitsliebe nichts von dem zur Sprache kam, was die Gesamtheit des Reiches betrifft. Bekanntlich hat das Reich Reichsdiener, welche durch Aufhebung der Reichsgerichte ihre Gehalte [...] verlieren, und von denen manche im hohen Alter einer ungewissen Zukunft trostlos entgegen sehen. Sie stehen im nämlichen Verhältnisse gegen Kaiser und Reich, wie die Beamten und Diener der einzelnen Staaten gegen ihre Landesherrn.*<sup>152</sup>

Nachdem eine gesamtdeutsche Lösung der kammergerichtlichen Pensionsfrage im Zuge der Auflösung des Reiches nicht zustande gekommen war, setzte man auf das Äquivalent des Reichstags, den Rheinischen Bundestag. Der Fürst Primas, der seit Juli 1806 an einer



Rheinbundverfassung arbeitete, wollte das Problem der Abwicklung der Kammergerichtsangehörigen auf die Tagesordnung dieses Bundestages setzen. Obgleich sich in Frankfurt bereits Gesandte eingefunden hatten, wurde die rheinische Bundesversammlung jedoch niemals eröffnet. Dies scheiterte am Widerstand Bayerns und Württembergs. Eine endgültige Regelung für die Angehörigen des Kammergerichts fand erst die im Herbst 1816 in Frankfurt eröffnete Bundesversammlung des Deutschen Bundes.

Wie wurde das Pensionsproblem während der mehr als zehn Jahre verhandelt, die zwischen der Auflösung des Reiches und der Eröffnung der Bundesversammlung lagen? Zum einen gilt es darauf zu verweisen, dass es vor allem das Verdienst der Angehörigen des Reichskammergerichts selbst war, dass in der Rheinbundzeit wenigstens eine provisorische Lösung der Unterhaltsfrage herbeigeführt werden konnte. Die Plenarversammlung der Richter ließ eine Fülle von Vorstellungen an deutsche Regenten und führende Staatsmänner mit der Bitte um Fortentrichtung der Kammerzieler und Anerkennung der Pensionsansprüche regnen. Druckschriften und Publikationen in den Organen der Rheinbundpublizistik, die meist die Kammergerichtsangehörigen selbst verfassten, wirkten unterstützend.

Das Pensiongeschäft war aber zum anderen von einem Konflikt zwischen den Richtern des Reichskammergerichts und der Anwaltschaft geprägt. Bereits Anfang August 1806 hatten sich die Advokaten und Prokuratoren zu einem Ausschuss zusammengeschlossen und ihrerseits Ansprüche auf Pension formuliert. Sie bestürmten den Fürstprimas mit Bittschriften, in denen sie forderten, an den Kammerzieler zu partizipieren und versuchten, sich ebenfalls als *Reichsdienner* mit Rechtsansprüchen auf Pension darzustellen. Da sie damit aber Gelder beanspruchten, die in der Geschichte des Kammergerichts immer nur den besoldeten Kameralen vorbehalten gewesen waren, war ihre Position nicht nur unbegründet, sondern sie provozierten damit die Richter, die in mehreren Schriften klarzustellen versuchten, wer die wahren *Reichsdienner* seien.

Karl Theodor von Dalberg schaltete sich bereits im September 1806 mit einem eigenen Vorschlag in die beginnende Abwicklungsdebatte ein. Er spannte seine Überlegungen in einen weiteren Kontext<sup>153</sup> und wollte eine Lösung für alle finden, die mit der Auflösung des Reiches ihre Einkünfte verloren hatten. Dies sei nur billig, betonte er mit Verweis auf die Regelungen des Reichsdeputationshauptschlusses zugunsten der Staatsdiener und Geistlichen, die er selbst mit herbeigeführt hatte.<sup>154</sup> Eine

ganze Reihe von Amtsträgern des Reiches waren seiner Ansicht nach entschädigungswürdig: die Richter des Reichshofrats, die Angehörigen der Reichskanzlei, die Richter des Reichskammergerichts und die Kanzleipersonen, die Reichshofratsagenten in Wien, die Prokuratoren und Advokaten am Kammergericht, ihre Schreiber sowie die am Kammergericht immatrikulierten kaiserlichen Notare. Hinzu kamen die Kanzleipersonen der Reichstagsgesandten in Regensburg.

Das Problem seiner gut gemeinten Denkschrift war, dass Karl Theodor über die Personalverfassung des Reichskammergerichts nicht genau Bescheid wusste. Der § 6 seiner *Beherzigung* unterteilte die Kameralpersonen in drei Klassen. Zur ersten Klasse zählte der Fürstprimas das Kameralkollegium mit Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren. Die zweite Klasse bildete er aus der Anwaltschaft und den kaiserlichen Notaren. Zur dritten Klasse rechnete er die Schreiber in den Schreibstuben der Anwälte.

Karl Theodors Unkenntnis kam offensichtlich durch die einseitige Information der Prokuratoren und Advokaten zustande und trat auf dreierlei Weise zu Tage: Zum einen bestand eine personelle Identität von kaiserlichen Notaren und Schreibern in den Schreibstuben der Prokuratoren und Advokaten, die der Fürst Primas nicht gesehen hatte. Alle der insgesamt 16 kaiserlichen Notare am Reichskammergericht waren zugleich Schreiber und verdienten sich mit dem Notariat einen Nebenerwerb.<sup>155</sup> Deshalb konnten sie unmöglich zugleich zur Klasse der Prokuratoren und Advokaten gerechnet werden und eine eigene Klasse von Kameralen bilden. Zum anderen argumentierte Karl Theodor nicht entlang der bisher gültigen Unterscheidung zwischen *besoldeten* und *unbesoldeten* Kameralen. Schließlich hatte er die Boten bei seiner Aufzählung vergessen, die im Gegensatz zu den Notaren von den Angehörigen des Kameralkollegiums abhängig waren.

Der Einfluss der Anwälte zeigte sich vor allem darin, dass Karl Theodor für die Advokaten und Prokuratoren die Sustentationskasse öffnen wollte. Ganz wie die Anwaltschaft in einer Reihe von Denkschriften an den Fürstprimas gefordert hatte, sollten zwei Drittel der eingehenden Kammerzieler für die Angehörigen des Kameralkollegiums verwendet werden, während ein Drittel auf die Advokaten und Prokuratoren sowie die kaiserlichen Notare und die Schreiber der Anwälte aufgeteilt werden sollte. Schließlich sah der Plan vor, eine von allen Kameralpersonen zu wählende Kommission zu bilden und die Kasse gemeinschaftlich verwalten zu lassen.<sup>156</sup>



Im Kameralkollegium reagierte man empört auf die Druckschrift, die an den deutschen Höfen kursierte und auch in den Journalen der Rheinbundpublizistik veröffentlicht worden war. Als *Leute*, die daran gewöhnt seien, *von Raub und Beutemachen zu leben*, charakterisierte Assessor Franz Joseph von Stein zu Lausnitz die Advokaten und Prokuratoren, als er von der Schrift des Fürstprimas Kenntnis erlangte.<sup>137</sup> Franz Arnold von der Becke und Karl Levin von Hohnhorst, die in der Auflösungsdebatte das Referat inne hatten, quittierten seine Vorschläge mit der Bemerkung, dass sie auf keinen Fall der *vermischten Societät* angehören wollten, die der Fürstprimas zur Verwaltung der Kassen aus allen Kameralen wählen lassen wollte. Sie würde *gar bald in eine sogenannte Löwengesellschaft ausarten*.<sup>138</sup> Auch andere Assessoren waren sichtlich aufgebracht. Assessor Ullheimer forderte, die Ideen des Fürstprimas müssten *rectifiziert* werden. Fast alle anwesenden Assessoren stimmten dafür.<sup>139</sup>

Die Vorschläge des Fürstprimas verstießen nicht nur gegen die Rechtsansprüche, welche die Richter im Gegensatz zu den Anwälten auf eine Pension geltend machen konnten. Mehr noch stellte der Plan, andere Kameralen an der Kassenverwaltung zu beteiligen, die bisherigen Machtverhältnisse auf den Kopf. Denn das Kameralkollegium mit dem Kammerrichter an der Spitze war bisher das entscheidungsbefugte Gremium in allen Gerichtsangelegenheiten gewesen, dem sich die *subalternen* Kameralen zu fügen hatten. Darüber hinaus missachtete Karl Theodor die letzte Verfügung des Kaisers, nach der es dem *höchsten Reichsgerichte* überlassen sein sollte, auch wegen der Kassen *die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen*.<sup>140</sup> Schließlich glaubten die Angehörigen des Kameralkollegiums, es schade dem Pensionsgeschäft, wenn die Kammerzieler, welche die vormaligen Reichsstände lediglich zur Subsistenz der besoldeten Kameralen zahlten, einfach umgewidmet würden. Die deutschen Fürsten hätten damit einen Vorwand, dem Kammergericht den Unterhalt zu verweigern.

Um dem Plan des Fürstprimas entgegenzuwirken, beschloss das Kameralkollegium eine Denkschrift einzusetzen, die von der Becke bereits vorher ausgearbeitet hatte.<sup>141</sup> Sie klärte in sachlichem Ton die für verbindlich erachtete Rechtslage. Zwar könne die Reichsverfassung aufhören und die alten Gesetze als nicht mehr bindend betrachtet werden, allein seien dadurch die *in Kraft der alten Verfassung übernommenen Verpflichtungen nicht sogleich aufgehoben*, konnte man in der anonym veröffentlichten Denkschrift lesen.<sup>142</sup> Zugleich wurde zwar die Auffassung

unterstrichen, dass das Reich aufgelöst sei, dies jedoch keinen Rückfall in einen Zustand der Anarchie bedeute:

*Diejenigen höchst- und hohen Stände, welche sich unter dem Schutze Frankreichs zuerst von dem Reichsverbande losgesagt haben, um einen neuen Bund unter sich zu errichten, – und eben so die übrigen Stände, welche die Trennung geschehen ließen, um etwa gleichfalls eine besondere Verbindung zu schließen, konnten wohl sagen: Für die Zukunft erkennen wir keinen Kayser für unser Oberhaupt, für die Zukunft binden uns die alten Gesetze nicht mehr, und kein Reichsgericht soll künftig weder uns noch unseren Unterthanen Recht sprechen. [...] Allein die Verbindlichkeiten, die sie vorhin eingegangen hatten und nicht bloß die aus der Verfassung scheidenden Stände unter sich betrafen, konnten sie nicht entsagen, und haben es zuverlässig nicht gewollt.<sup>143</sup>*

Inhaltlich definierte von der Becke den kontinuierlichen Rechtsanspruch der Mitglieder des Kameralkollegiums auf ein lebenslänglich unverkürztes Gehalt als einen Rechtsanspruch von dritten Personen und Körperschaften an einem Ganzen, dem unteilbaren Staatskörper des Reiches:

*Dritte Personen und Körperschaften, welche an dem Ganzen vor seiner Auflösung Forderungen hatten, konnten durch die Trennung vom Ganzen nicht um ihr Recht gebracht werden. Giebt es daher auch [...] künftig kein Kammergericht, keine Kammerzieler mehr, so muß doch den Gliedern des Gerichts der Anspruch auf ihre vorherige Subsistenz unverletzt bleiben. Das ist im Natur- und Völkerrecht, in der Natur der Sache gegründet; zum Beweise braucht man keine gelehrten Citate aus den Schriften der Rechtslehrer hervorzusuchen.<sup>144</sup>*

Diese Wendung hin zu einer Auffassung, wie sie sich in dieser Zeit in der Formel des Staates als *juristischer Person* verdichtete, verdeutlicht, dass von der Beckes Konzept von dem eines Karl Friedrich von Savigny nicht so weit entfernt war. Denn dieser ging ganz ähnlich von einer Rechtsfähigkeit aus, die über die natürlichen Personen hinauswies und sich auf künstliche durch bloße Fiktion angenommene Subjekte ausdehnte.<sup>145</sup> Von der Beckes Argumentation war gleichsam eine historisch begründete Fiktionstheorie unterlegt: Hier war auf der einen Seite das aufgelöste Reich, dessen Glieder nur mehr als Fiktion bestanden, die jedoch noch Verbindlichkeiten hatten. Auf der anderen Seite existierte der stillgelegte Amtskörper, das Kameralkollegium, nur noch deshalb weiter, weil seine Rechte mit der Auflösung des Reiches nicht befriedigt worden waren.



Hier zeigt sich einerseits, dass sich im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit der Auflösung des Reiches und damit in einem öffentlich rechtlichen Kontext Theorien ausbildeten, von denen die rechtshistorische Forschung bisher annahm, sie hätten sich zunächst nur auf das Privatrecht bezogen.<sup>146</sup> Zum anderen war damit Karl Theodors Grundsatz, alle Ansprüche vormaliger Kameralen für gleich billig zu erklären, theoretisch widerlegt. Die besondere Konstruktion des Kammergerichts als einem von Kaiser und Reich gemeinschaftlich errichtetem Gericht bot dabei den Anknüpfungspunkt, um der Rechtsposition der Richter Evidenz zu verschaffen. Die komplizierten Bestimmungen des Präsentationssystems, an dem Kaiser, Kurfürsten und Reich beteiligt waren, wurden als zwischen den Gliedern des Reiches *festgesetzte Normen* der Ernennung und Bestellung der Angehörigen des Kameralkollegiums bezeichnet. Die im Matrikelverzeichnis der Kammerzieler aufgeführten Reichsstände galten als *Staatskörper*, der den Unterhalt des Richterpersonals in *gesetzlich bestimmten* Raten zusammengebracht habe. Darüber hinaus wurde auf die Beschaffenheit der Stellen von Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren verwiesen, die nach dem Reichsrecht lebenslänglich waren und nur durch Verbrechen, Tod oder Resignation verwirkt werden konnten. Da jeder *Stand mit jedem einzelnen Gliede* hierauf *kontrahiert* hätte, müssten die Verbindlichkeit der Stände gegenüber ihren Reichsdienern auch nach der Auflösung des Reiches weitergelten: *Der Kontrakt ist ebenso feyerlich und verbindend, und ebenso unverletzlich, als es der eines jeden Standes mit seinen eigenen Dienern ist.*<sup>147</sup> In dieser Hinsicht dauere der alte Verband fort, es müsse *Recht bleiben, was bisher Recht war.*<sup>148</sup>

Wenn in dieser Denkschrift die Anwaltschaft ebenso wenig auftauchte wie die Überlegung, von den vormaligen Reichsständen eine Erhöhung ihrer Kammerzielerbeiträge um ein Drittel zu verlangen, überrascht dies vor dem Hintergrund der Kontroverse mit den Anwälten nicht. Im Gegenteil ging es den Richtern darum, nur das Weiterwirken der Rechte und die Fortzahlung der Kammerzieler für die besoldeten *Reichsdienner* zu erwirken.<sup>149</sup> Um einer Regelung wie sie Karl Theodor vorschlug zuvorzukommen, war in der gemeinschaftlich abgesegneten Denkschrift ein neuer Pensionsplan entwickelt und in einem Vierpunkteprogramm festgeschrieben worden. Erstens sollte allseits unverminderter und ununterbrochener Beitrag zur Sustentationskasse geleistet werden. Zweitens wurde der Verbleib dieser Kasse in der Verwaltung des Pfennigmeisters gefordert, der unter einer durch die Stände anzuordnenden Aufsicht weiterhin jährlich die Rechnung führen sollte. Dies implizierte,

dass, solange diese Anordnung nicht getroffen war, die Note Stadions die Rechtsgrundlage blieb und das Kameralkollegium auch weiterhin die Oberaufsicht über die Kassen ausübte. Drittens sollte jeder Weggang eines Angehörigen des Kameralkollegiums der Kassenaufsicht angezeigt werden. Im Falle der Übernahme eines Richters in neue Dienste waren die übernehmenden Fürsten dazu berechtigt, eine Rate von 2 1/2 kr. pro Reichstaler der in der Kammerzielmatrikel festgeschriebenen, jährlich zu bezahlenden Rate einzubehalten. Viertens wurde vorgeschlagen, dass jeder *Stand*, der ein *Kammergerichts-Mitglied* in seine Dienste nehme, so viel von den Kammerzielern abziehen könne, als er der Person an Besoldung bewillige. Für den Fall, dass die Besoldung geringer ausfiel als bisher, sollte die Differenz aus der Sustentationskasse bezahlt werden. Dies bedeutete, dass auch die übernommenen vormaligen Reichsrichter die volle Höhe ihrer bisherigen Besoldung von jeweils 4.800 fl. für einen Assessor, 6.580 fl. 48 kr. für einen Präsidenten und 21.120 fl. für den Kammerrichter lebenslänglich behalten sollten.<sup>150</sup>

Mit diesem Vorschlag war die Position Reigersbergs, der auf eine Regelung der Pensionen aller Kameralen durch den Reichstag gehofft hatte, endgültig aufgegeben. Wenn die Anwälte und mit ihnen auch andere unbesoldete Kameralen gleichwohl Unterhalt erhielten, so war dies einerseits dem Fürstprimas zu verdanken, der als vormaliger Reichserzkanzler die Pensionen der Kanzleipersonen des Kammergerichts aus seinem Staatssäckel bezahlte. Für die anderen unbesoldeten Kameralgruppen wurden Gelder flüssig gemacht, die aus verliehenen Kapitalien des Kammergerichts stammten. Von insgesamt 18.000 fl., die hierfür vorgesehen waren, sollte die Anwaltschaft mehr als die Hälfte bekommen, der Rest wurde auf die Schreiber, die reitenden Boten und die Fußboten sowie den Buchbinder des Kammergerichts aufgeteilt. Als Grundlage hierfür diente ein Schlüssel, der sich am Durchschnitt der letzten zehn Jahre sowie an der Bedürftigkeit orientierte. Als sich die verliehenen Fonds 1807 als nicht liquidierbar erwiesen und nicht alle Zinsen bezahlt wurden, verzichtete Heinrich Aloys von Reigersberg, der zusammen mit insgesamt sechzehn Angehörigen des letzten Kameraljahrganges zu den Personen gehörte, die nach der Auflösung des Alten Reiches noch eine Stelle fanden, auf ein Drittel seines früheren Kammerrichtergehaltes. Die Summe belief sich auf insgesamt 6.666 fl. Es war Reigersbergs Wunsch, dass das Drittel seiner Pension zusammen mit den Geldern aus der früheren Armenkasse des Gerichts zur Unterstützung für die ärmsten der *unbesoldeten* Kameralen herangezogen werden sollte.



Während mit diesen Geldern kein Rechtsanspruch auf Pension verbunden war, betrachteten viele deutsche Souveräne die Ansprüche der wahren Reichsdieners, als die sich die Angehörigen des Kameralkollegiums verstanden, als begründet. Tatsächlich bezahlten die vormaligen Reichsstände bzw. ihre Nachfolgestaaten mit Ausnahme von Österreich, dem Königreich Westfalen, dem Großherzogtum Berg und jenen Gebieten in Deutschland, die in direkter Abhängigkeit von Frankreich standen, nach 1806 ihre Kammerzieler mehr oder weniger vollständig. Die Möglichkeit, Gelder für in Dienste genommene Richter pensionäre von den Beiträgen abzuziehen, nutzten dabei vor allem die größeren Souveräne. Dabei orientierte sich die Übernahmepraxis in den Einzelstaaten weitgehend an der Höhe der Kammerzielerbeiträge. Der größte Beitragszahler Bayern stellte insgesamt fünf frühere Wetzlarer Reichsrichter ein, während Württemberg drei übernahm. Zwei gelangten nach Baden und je einer wurde von Würzburg, vom Königreich Sachsen, vom Fürstprimas, von Hessen-Darmstadt und von Preußen übernommen.<sup>151</sup>

Obgleich die Pensionszahlungen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Abzugspraxis vor allem in den Jahren 1809 bis 1814 immer mehr in Rückstand gerieten und die in Wetzlar noch verbliebenen Richter pensionäre rund ein Jahresgehalt zu fordern hatten, kann die provisorische Lösung der Unterhaltsfrage insgesamt jedoch als weitgehend gelungen betrachtet werden. Dass dem so war, dafür bildete der Reichsdeputationshauptschluss eine wichtige Voraussetzung: Zum einen verpflichtete er die Fürsten und Stände, die Kammerzieler fortzubezahlen. Da die Rheinbundstaaten die Gültigkeit des Reichsdeputationshauptschlusses anerkannt hatten, schienen die Ansprüche auf Pension gerechtfertigt. Der Reichsdeputationshauptschluss hatte darüber hinaus in Aussicht gestellt, den Unterhalt des Kammergerichts auf eine neue Grundlage zu stellen und an die im Reich vorgegangenen Gebietsveränderungen anzupassen (RDH, § 89). Wenngleich die Anpassung der Kammerzieler an die Gebietsveränderungen vor 1806 reichsgesetzlich nicht mehr geregelt wurde, war mit diesen Bestimmungen doch die Voraussetzung für die Praxis der Eintreibung der Kammerzieler von den vormaligen Reichsständen bzw. ihren Nachfolgestaaten geschaffen. Die auf den jeweiligen Reichsgebieten haftenden Beträge wurden auf die neuen Besitzer umgerechnet.

Es waren die in der Liquidationskonferenz vereinigten Richter, die diese Aufgabe in zeitraubenden Sitzungen erledigten und den Schlüssel für die Eintreibung der Gelder erarbeiteten. Dabei galt noch dieselbe an

der Rangfolge der Präsentationshöfe orientierte Votierordnung, die zuvor am Kammergericht praktiziert worden war. Schließlich war der Reichsdeputationshauptschluss aber auch insofern für die Abwicklung der Kameralen wichtig, als hier grundsätzlich und erstmals für das gesamte Reich Pensionsansprüche für Staatsdiener gesetzlich fixiert wurden, die im Zuge der Veränderungen des Reiches ihre Stellen verloren hatten. Ideen wie sie in den Traktaten der modernen Staatsdienertheorie vorgedacht worden waren, fanden in diesem letzten Reichsgrundgesetz eine normative Fixierung. Die Richter am Reichskammergericht hatten damit sowohl ein verlässliches Theoriegebäude als auch das Beispiel einer normativen Grundlage, auf die sie sich indirekt beziehen konnten, um Argumente zur Begründung ihres Rechtsanspruches auf Pension zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Abwicklungsdebatte hatte der Begriff des *Reichsdieners* deutliche Konturen gewonnen. Wie gezeigt wurde, war er ein Ersatz für den Staatsdienerbegriff und signalisierte als solcher einen Rechtsanspruch auf Pension, so wie er im § 59 des RDH (Reichsdeputationshauptschluss) den *Staatsdienern* der Mediatisierten zugesprochen worden war. Eine genaue Bezeichnung der Verhältnisse der beiden Kameralgruppen gegenüber Kaiser und Reich war er nicht. Während Anwälte schon deshalb nicht als *Reichsdiener* bezeichnet werden konnten, weil sie nicht von der Gesamtheit der Reichsstände besoldet wurden, sondern ihr Unterhalt vom Aufkommen der vertretenen Prozesse abhängig war, bezogen die Richter Besoldungen aus der Sustentationskasse, in welche die Kammerzielerbeiträge der Reichsstände flossen. Allerdings spiegelte sich im Kameralkollegium die komplizierte Struktur der Reichsverfassung, vor deren Hintergrund die Schöpfung des Reichsdienerbegriffs als eine Vereinfachung erscheint.

Insgesamt kam dem Reichsdeputationshauptschluss, der auch nach der Auflösung des Reiches Gültigkeit behielt, also in vieler Hinsicht die Funktion eines Substitutes für die im Zuge der Gründung des Rheinbundes und der Abdankung des Kaiser versäumte Regelung der Unterhaltsfrage des Reichskammergerichts zu. Ein vollständiger Ersatz für eine endgültige Regelung, auf der die Kameralen bis zur Eröffnung des Deutschen Bundestages beharrten, war er nicht. Diesen führte erst der Beschluss der 43. Sitzung der Bundesversammlung am 17. Juli 1817 herbei, welche die während der Rheinbundzeit vertretenen Ansprüche nachträglich billigte, das Kammerzielerssystem abschaffte und die Pensionäre auf die einzelnen Staaten verteilte. Da die Zahlungen nun von



der jeweiligen Staatskasse direkt an die Unterhaltsberechtigten flossen, waren die Pfennigmeisterei, die alte Sustentationskasse und die Liquidationskonferenz des Kammergerichts obsolet geworden.<sup>152</sup>

Mit diesem Beschluss war nicht nur das Kammergericht endgültig aufgelöst, sondern ist jener Monat wieder erreicht, in dem Johann Peter Hebels fiktiver sächsischer Leinwandweber die Nachricht von der beschlossenen Versorgung der Kameralen nicht richtig verstanden hatte und den Prozess seines Großvaters wieder anzetteln wollte. Während ihm dies nicht gelang und die Frage, was mit den zahlreichen unerledigten Prozessen am Reichskammergericht nach der Auflösung des Reiches geschah, eine spannende, noch kaum behandelte Frage der Nachgeschichte des Kammergerichts darstellt,<sup>153</sup> konnte der deutsche Bund die Versorgung der Kameralen lösen. Allerdings dauerte es geraume Zeit bis die in der Rheinbundzeit aufgelaufenen Pensionsrückstände an die Kameralen ausbezahlt wurden. Erst 1837, als die meisten Angehörigen der letzten Generation von Kameralen bereits verstorben waren, wurde der letzte Anspruch auf einen Pensionsrückstand eines vormaligen Kameralen befriedigt.

## Anmerkungen

1. Die Reise nach Frankfurt wurde zugleich im Kalender und im Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreundes veröffentlicht. Sie ist leicht greifbar in zwei neueren Editionen: Johann Peter Hebel: Die Kalendergeschichten. In: Hannelore Schlaffer und Harald Zils (Hgg.): Sämtliche Erzählungen aus dem Rheinländischen Hausfreund, München 2001, S. 651-657 und: Aus dem Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreundes und andere Schwänke von Johann Peter Hebel mit Illustrationen von Karl Friedrich Schulz genannt Jagdschulz, Furth im Wald 2001, S. 212-216. Die Geschichte stammt aus dem Jahr 1819.
2. Zur Nachgeschichte des RKG der Sammelband von Bernhard Diestelkamp (Hg.): Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Nachwirken im 19. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 2002; Für das Folgende soweit nicht anders angegeben: Eric-Oliver Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“. Die Auseinandersetzung der letzten Generation von Richtern des Reichskammergerichts mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Berlin 2005, hier: S. 195-306.
3. Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt, 3. Aufl. 1995; Ernst-Wolfgang Becker: Zeit der Revolution! – Revolution der Zeit. Zeiterfahrungen in Deutschland in der Ära der Revolution 1789-1848, Göttingen 1999. Zur Wahrnehmung der Jahrhundertwende 1800: Arndt Brendecke: Die Jahrhundertwenden. Eine Geschichte ihrer Wahrnehmung und Wirkung, Frankfurt am Main, New York 1999, hier: S. 160-209.
4. Peter Schmid und Clemens Unger (Hgg.): 1803. Wende in Europas Mitte. Vom Feudalen zum bürgerlichen Zeitalter, Regensburg 2003; Volker Himmelein und Hans Ulrich Rudolf (Hgg.): Alte Klöster, neue Herren. Die Säkularisation im deutschen Südwesten 1803. Große Landesausstellung Baden-Württemberg 2003 in Bad Schussenried vom 12. April bis 5. Oktober 2003. Band 1: Ausstellungskatalog, Band 2.1 u. 2.2: Aufsätze, Ostfildern 2003; Ingrid Reißland (Hg.): Vom Kurkölnischen Krummstab über den Hessischen Löwen zum Preußischen Adler. Die Säkularisation und ihre Folgen im Herzogtum Westfalen 1803-2003, Arnsberg 2003; Rainer Braun: Bayern ohne Klöster? Die Säkularisation 1802/03 und die Folgen, München 2003; Alois Schmid (Hg.): Die Säkularisation in Bayern 1803. Kulturbruch oder Modernisierung?, München 2003.
5. Vgl. den Forschungsüberblick bei Eric-Oliver Mader: Das Alte Reich in



neuem Licht. Perspektiven auf sein Ende und sein Nachwirken im frühen 19. Jahrhundert. In: Arndt Brendecke und Wolfgang Burgdorf (Hgg.): Wege in die Frühe Neuzeit. Werkstattberichte, Neuried 2001, S. 235-256; ders.: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), hier: S. 18-30.

6. Der Topos etwa bei: Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, Bd. 1: Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 14. Zuletzt noch: Ulrich Hufeld (Hg.): Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803, Köln, Weimar, Wien 2003, S. 1. Demgegenüber: Georg Schmidt: Goethe: politisches Denken und regional orientierte Praxis im Alten Reich. In: Goethe Jahrbuch 112 (1995), S. 197-212; Wolfgang Burgdorf: „Reichsnationalismus“ gegen „Territorialnationalismus“. Phasen der Intensivierung des nationalen Bewußtseins in Deutschland seit dem Siebenjährigen Krieg. In: Dieter Langewiesche und Georg Schmidt (Hgg.): Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 157-189; mit ähnlichem Akzent bereits Heinrich Ritter von Srbik: Goethe und das Reich, Leipzig 1940, hier: S. 8.
7. Der Text in: Heribert Raab: Joseph Görres. Ein Leben für Freiheit und Recht. Auswahl aus seinem Werk. Urteile von Zeitgenossen, Paderborn u. a. 1978, S. 91. Die Rede wurde am 7. Januar 1798 gehalten.
8. Zwackh war damals Gesandter von Solms, Salm-Kyrburg, Anhalt und der Rhein- und Wildgrafen auf dem Friedenskongress von Rastatt. Eine moderne Biographie über Franz Xaver von Zwackh-Holzhausen (1756-1849), die seine Bedeutung als Illuminat, sein Wirken in Wetzlar und später als bayerischer Gesandter beim Fürstprimas in Frankfurt, seine publizistische Tätigkeit und seine Bedeutung für die Integration der Pfalz in den bayerischen Herrschaftsbereich würdigt, stellt ein Desiderat dar. Grundlegend zu ihm immer noch: Albert Becker: Die Wiedererstehung der Pfalz. Zur Erinnerung an die Begründung der bayerischen Herrschaft auf dem linken Rheinufer und deren Begründer Franz Xaver von Zwackh-Holzhausen, Zweibrücken 1916. Zu seiner Rolle für die bayerische Pressepolitik: Wolfgang Piereth: Bayerns Pressepolitik und die Neuordnung Deutschlands nach den Befreiungskriegen, München 1999, S. 106-114, 117-119, 122-124. Zu seiner Zeit in Wetzlar vgl. die Bemerkungen bei: Monika Neugebauer-Wölk: Das Reichskammergericht im Netzwerk der Illuminaten, Wetzlar 1993, S. 44; Die Stadt Wetzlar im Zeitalter der Französischen Revolution 1789-1803. In: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 34 (1989), S. 85-143, hier: S. 91 u. 138.
9. Landesarchiv Speyer, V 29 (Nachlass Zwackh), Nr. 199. Den Namen des

Schreibers konnte ich nicht ermitteln. Der Absender überschrieb es: „...g“, in Westphalen, 7. Jänner 1798.

10. Karl Albert von Kamptz: Reminiscenzen bey der Auflösung des kaiserlichen und Reichskammergerichts. In: Joseph A. von Vahlkampf (Hg.): Reichskammergerichtliche Miscellen, Bd. 2, Heft 5 (1806), S. 466-486; hier: S. 466.
11. Karl Härter: Soziale Unruhen und Revolutionsabwehr. Auswirkungen der Französischen Revolution auf die Rechtsprechung des Reichskammergerichts. In: Bernhard Diestelkamp (Hg.): Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 43-104, hier: S. 49.
12. Karl Härter: Der Hauptschluss der außerordentlichen Reichsdeputation. In: GWU 54 (2003), S. 484-500, hier: S. 496 f. Er spricht sogar von der wohl einzigen überlieferten Bildquelle, „die sich direkt mit dem Reichsdeputationshauptschluss und seinen Folgen in satirischer Form beschäftigt“. Vgl. auch ders.: „und die Gräber der Heiligen Thaten sich auf [...]“. In: Schmid und Unger (Hgg.): Wende in Europas Mitte (wie Anm. 4), S. 422, Nr. 87, Abb. S. 423. Die gleiche Datierung auch bei: Josef Kirmeier und Manfred Tremml (Hg.): Glanz und Elend der Alten Klöster. Säkularisation im bayerischen Oberland 1803, S. 303; vgl. auch: Im Tal und Einsamkeit. 725 Jahre Kloster Fürstenfeld, AK Bd. 1, Fürstenfeldbruck 1988, S. 193f. sowie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. 200 Jahre Französische Revolution in Deutschland, AK, Nürnberg 1989, S. 558.
13. Hufeld (Hg.): Der Reichseputationshauptschluss (wie Anm. 6), S. 57-64.
14. Ebd.: S. 54-56 (Auszug des Sonderfriedens von Campo Formio).
15. Hans-Jürgen Becker: Umbruch in Mitteleuropa. Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803. In: Schmid und Unger (Hgg.): Wende in Europas Mitte (wie Anm. 4), S. 17-34, hier: S. 27-29.
16. Günther Christ: Dalberg im Jahrzehnt zwischen Säkularisation und Zusammenbruch des napoleonischen Staatensystems. In: Karl Hausberger: Carl von Dalberg. Der letzte geistliche Kurfürst, Regensburg 1995, S. 137-151, hier: S. 137.
17. Vgl. hierzu auch die Hinweise bei Wolfgang Burgdorf: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als subsidiäres Staatswesen. In: Schmid und Unger (Hgg.): Wende in Europas Mitte (wie Anm. 4), S. 363-368.
18. Zum Reichsreformdiskurs: Wolfgang Burgdorf: Reichskonstitution und Nation. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806, Mainz 1998.



19. Zum Botenwesen: Eric-Oliver Mader: „Soldateske“ des Reichskammergerichts. In: Anette Baumann u. a. (Hgg.): Reichspersonal. Funktionsträger für Kaiser und Reich, Köln, Weimar, Wien 2003, S. 265-290; zur Personalverfassung des Kammergerichts in der Endphase des Reiches: Sigrid Jahns: Das Reichskammergericht und seine Richter. Verfassung und Sozialstruktur eines höchsten Gerichtes im Alten Reich, Teil I: Darstellung (Druck in Vorbereitung), Teil II: Biographien, Bd. 1 u. 2, Köln, Weimar, Wien 2003, hier: Tl. I, Kap. IV. Zur Unterhaltssituation der Kanzleipersonen vor der Auflösung des Reiches: J. G. Krauß: Über die Sustentation der Cammergerichts-Canzley, Wetzlar 1796; An die hohe Reichsversammlung fernerer unterthänigster Nachtrag zu dem unterthänigsten Memoriale sämmtlicher des Kaiserl. und Reichs-Kammergerichts Kanzleypersonen, Regensburg 1797; F. P. Kreker: Pro Memoria die Sustentation der Kaiserlichen Reichs-Kammergerichts Kanzley betreffend, s. l. 1803.
20. Joseph Anton von Vahlkampf (Hg.): Reichskammergerichtliche Miscellen, 2 Bde., Wetzlar 1805-1806.
21. BayHStA, MA 4045, Promemoria von Zwack o. J. [1799].
22. Johann Stephan Pütter: Patriotische Abbildung des heutigen Zustandes beyder höchsten Reichsgerichte, worin der Verfall des Reichsjustizwesens, samt dem daraus bevorstehenden Unheil des ganzen Reiches, und die Mittel, wie demselben vorzubeugen, der Wahrheit gemäß und aus Liebe zu dem Vaterlande erörtert werden, Frankfurt am Main 1749 (ND Göttingen 1766).
23. HHSTA Wien, RK, RKG Vis. 374.
24. Karl Albert von Kamptz: Darstellung des Präsentations-Rechts zu den Assessoraten am kaiserlichen Reichs Kammergerichte, Göttingen 1802, Vorrede.
25. Etwa: N. N. [Heinrich Aloys von Reigerberg]: Ein Wort über die Lage des kayßerlichen Reichs-Kammergerichtes nach dem Preßburger Frieden, geschrieben von einem deutschen Patrioten im März 1806, o. O. o. J.; Kamptz: Reminiscenzen (wie Anm. 10). Ferner: N. N. [Franz Joseph von Stein zu Lausnitz]: Ideen zur Errichtung eines Bundesgerichts. In: Der Rheinische Bund, Bd. 2, Heft 6 (1807), S. 399-408; N. N. [Franz Joseph von Stein zu Lausnitz]: Ideen zur Organisation eines Rheinischen Bundesgerichtes. In: Der Rheinische Bund, Band 3, Heft 7, S. 97-105.
26. Nicolaus Thaddäus Gönner: Teutsches Staatsrecht, Landshut 1804, S. S. 817 f. u. S. 713. In Gönners revidiertes Präsentationsschema waren die Veränderungen der vergangenen Jahre eingeschrieben. Um das entstandene

Untergewicht der katholischen Kurpräsentationen zu kompensieren dachte er an die Schaffung zweier zwischen Mainz, Böhmen, Kurpfalz-Bayern und Salzburg alternierenden katholischen Kurpräsentationen, während er aufgrund des Zuwachses der evangelischen Kurfürsten (Baden, Hessen, Württemberg) die alternierende evangelische Kreis- wie die Kurpräsentation streichen wollte.

27. Hufeld: Der Reichsdeputationshauptschluss (wie Anm. 6), S. 69-119, hier: S. 104 f. u. 118 f.
28. Vgl. RDH, § 89 [fernere reichsgesetzliche Regelung des Unterhalts des Reichskammergerichts] „Schließlich wird Kaiserl. Majestät und dem Reiche anheim gestellt, den über das Sustentationswesen dieses Reichsgerichts von demselben erstatteten Hauptbericht baldthunlichst zu erledigen, und dessen künftige Verhältnisse bei der Abnahme seines Sustentationsfonds, und den eintretenden Veränderungen gesetzlich zu bestimmen.“
29. Jahns: Das Reichskammergericht, (wie Anm. 19) Tl. I., Kap. II, 3.
30. Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Am. 2), S. 58-62; 122 f.
31. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 62 (Franz Joseph v. Stein zu Lausnitz).
32. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 13 (Hommer), Biogr. 17 (Weidenfeld).
33. Diethelm Klippel: Staatsamt und bürgerliche Gesellschaft. Die Theorie des Staatsdienstes im aufgeklärten Absolutismus und im Vormärz. In: Eckardt Hellmuth, Immo Meenen und Michael Trauth (Hgg.): Zeitenwende? Preußen um 1800. Festgabe für Günther Birtsch zum 70. Geburtstag, Stuttgart-Bad Cannstadt 1999, S. 77-96, hier: S. 84 f.
34. Franz Arndold von der Becke: Von Staatsämtern und Staatsdienern, Heilbronn 1797, Erster Teil, § 9. Interessant ist die Fußnote, in der die Unterscheidung zum Hofamt getroffen wird, weil hier eine Entscheidung des Kammergerichts zitiert wird.
35. Von der Becke gebrauchte die Begriffe „Regent“ und „oberste Gewalt“ synonymisch, reflektierte den Unterschied allerdings. Ebd.: Erster Teil, S. 36 Anm. zu § 13.
36. Ebd.: Erster Teil, § 16. Eine Ausnahme bilden ausländische Staatsdiener, die von der Becke extra behandelt.
37. Ebd.: § 63. Für eine ausführlichere Analyse dieses Staatsdienertraktates Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 101-108.
38. Sigrid Jahns: Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar, Wetzlar



1986, S. 5-8.

39. Hierzu: Hans-Werner Hahn: Reichskammergericht und Stadtentwicklung: Wetzlar 1689-1806, Wetzlar 1991; Bundesarchiv Koblenz (früher Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt, im Folgenden zitiert: BK), FN 11 (Nachlass Reigersberg), Akten (Konvolut Politiae = Policydeputation), Übergabeprotokoll vom 26. November 1802 (Kopie).
40. BK, FN 11, Akten (Konvolut Politiae), Albini an Prokurator Hofmann, Regensburg 13. November 1802; Karl Theodor an das Collegium Camerale, Aschaffenburg, den 22. November 1802 und Antwortschreiben des Collegium Camerale, Wetzlar, den 24. November 1802.
41. Eine Zählung der Kameralen nach der Übernahme der Stadt Wetzlar durch Karl Theodor von Dalberg ergab 895 Angehörige des Kammergerichts. Vgl.: BK, AR-1, Misc. 891. Vgl. auch: HHStA Wiesbaden, 372, 182, Kurze Darstellung der statistischen Verhältnisse der Stadt Wetzlar im Jahr 1810. Hans-Werner Hahn: Reichskammergericht und Stadtentwicklung (wie Anm. 39), S. 9 gibt für das Jahr 1805 901 Personen an.
42. BK, FN 11, Akten (Politiae) Vortrag der Policydeputierten des RKG von der Becke und Schüler von Sehnden an die Plenarversammlung des Kameralkollegiums, s. l. s. d. [Mitte März 1803].
43. Ebd.
44. Ebd.: Abschrift eines camergerichtlichen Kollegialschreibens an Kurfürst von Mainz, 16. Mai 1803.
45. Ebd.: Schüler von Sehnden an Reigerberg, Wetzlar 18. März 1803.
46. Rudolfine von Oer: Der Friede von Pressburg. Ein Beitrag zur Diplomatiegeschichte des Napoleonischen Zeitalters, Münster 1965. Hier auch die Edition des Friedensvertrages, S. 275. Auch im Vertrag von Brünn wurde das Reich noch garantiert. Zum Gesamtzusammenhang Gero Walter: Der Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und die Problematik seiner Restauration, Heidelberg-Karlsruhe 1980, S. 3-91.
47. Zu Schnaubert als Vertreter einer Reichsstaatsrechtslehre nach dem System der Göttinger Schule: Michael Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts, Bd. 1: Reichspublizistik und Policywissenschaft 1600-1800, München 1988, S. 59, S. 154. Andreas Joseph Schnaubert: Lehrbuch des teutschen Staatsrechts, Jena 1806.
48. Schnaubert verwies hier auf Artikel VII. des Friedenschlusses: Les Electeurs de Bavière et de Wurtemberg ayant pris le titre du roi, sans néanmoins cesser d'appartenir a la Confédération Germanique, Sa Majesté

- l'Empereur d' Allemagne et d' Autriche les reconnait en cette qualité. Zitiert nach: Oer: Preßburg (wie Anm. 46), S. 273. Eine ähnliche Interpretation auch bei Franz Häberlin. In: Staatsarchiv, Heft 60, Nr. 1.
49. Kurt von Raumer: Hügel's Gutachten zur Frage der Niederlegung der Kaiserkrone (17. Mai 1806). In: ZBLG 27 (1964), S. 390-408, hier: S. 392 mit Verweis auf die damals noch nicht erschienene Studie von Oer.
  50. HHStA Wien, RK, RKG Visit. 378, Reigersberg an Colloredo, Wetzlar, Februar 1806, Anlage (Entwürfe).
  51. BayHStA, MA 4064, Nr. 2, Zwackh an König Max I., Wetzlar, den 15. Jan. 1806.
  52. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 60.
  53. Zitiert nach: Karl Härter: Reichstag und Revolution 1789-1806. Die Auseinandersetzung des immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Alte Reich, Göttingen 1992, S. 635.
  54. Zum Gesamtzusammenhang Adolf Eberlein: Bayerns Anteil an der Mediatisierung der Reichsritterschaft, Mass. Diss. München 1922, S. 80-159; Wolfgang von Stetten: Die Rechtsstellung der unmittelbaren freien Reichsritterschaft, ihre Mediatisierung und ihre Stellung in den neuen Landen. Dargestellt am fränkischen Kanton Odenwald, o. O. 1973, S. 117-174.
  55. BK, FN 11 Akten, Plenarprotokolle, Abschrift: Sitzung vom 3. März 1806, Anlagen.
  56. Direktoren der unmittelbaren und freien Reichsritterschaft in Franken an Kammerrichter, Nürnberg, den 31. Januar 1806 und Anlagen, in: BK, FN 11, Akten, Plenarprotokolle, Abschrift: Sitzung vom 3. März 1806, Anlagen.
  57. StA Sigmaringen, Dep. 38, I. Ac 24, Ernennungsdekret zum RKG Präsidenten. Zu seinen Konflikten im Mediatisierungsgeschäft ebd.: I Ac Nr. 23.
  58. HStA Stuttgart, Q 1/7, Bü. 4 Nachlass Linden, hier: v. a. Wilhelm von Linden: Kurzbiographie unseres Vorfahren. Hier wird die Familienlegende bis auf Karl den Großen unkritisch fortgeführt. Dazu: Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 20, Kap. II.
  59. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 62, Kap. II.
  60. Das kaiserliche Kommissionsdekret fehlte bei der Ratifikation des Friedens von Pressburg. Hierzu Oer: Pressburg (wie Anm. 46), S. 222-242.
  61. BK, FN 11, Akten, Plenarprotokolle, Abschrift: Sitzung vom 3. März 1806 und Anlagen. Auch im Folgenden.
  62. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 28.
  63. BK, FN 11, Akten, Plenarprotokolle, Abschrift: Sitzung vom 3. März 1806 und



## Anlagen.

64. Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19), Tl. II, Biogr. 75; nicht immer zuverlässig Gerhard Menzel: Franz Josef von Albin 1748-1815. In: Mainzer Zeitschrift 69 (1974), S. 1-126.
65. Zu Görtz, der teilweise 13 Stimmen am Reichstag führte, Härter: Reichstag und Revolution (wie Anm. 53), S. 660. Ferner: ADB, Bd. 9, S. 393-395.; NDB, Bd. 6, S. 538-9.
66. Härter: Reichstag und Revolution (wie Anm. 53), S. 633 f.
67. BayHStA, MA 4064, Nr. 11, Des geheimen Rat Krenners Bemerkungen über die königlichen, und churfürstlichen Häuser, Baiern, Württemberg und Baden im XIV Artikel des Pressburger Friedens anerkannt wordenen Souveränitäten [...], München, den 3. März 1806.
68. Zitiert nach Daniela Neri: Graf Anton Freiherr von Cetto (1756-1847). Ein bayerischer Diplomat der napoleonischen Zeit. Eine politische Biographie, Sigmaringen 1993, S. 216.
69. Theodor Bitterauf: Die Gründung des Rheinbundes und der Untergang des alten Reiches, Habil. Erlangen 1902, S. 350 ff.
70. BayHStA, MA 4064, Nr. 12, Zentner an Zwackh, München, den 10. April 1806.
71. Katharina Weigl: Krise ohne Alternative? Die Wahrnehmung des Reichsendes durch die süddeutschen Reichsfürsten, Magisterarbeit, LMU München 2004.
72. So die Interpretation bei [Reigersberg]: Ein Wort über die Lage (wie Anm. 25), S. 8. Zu Reigersbergs Schrift ohne Angabe der Verfassers kurz: Oer: Pressburg (wie Anm. 46), S. 206, Anm. 118; Eric-Oliver Mader: „Heilige Schulden“ des aufgelösten Reichs. Das Problem der Entschädigung des Reichskammergerichtspersonals für den Verlust ihrer Stellen. In: Bernhard Diestelkamp (Hg.): Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 105-142. hier: S. 116-121.
73. [Reigersberg]: Ein Wort über die Lage (wie Anm. 25), S. 8.
74. Ebd. mit Hinweis auf Artikel 11 des Friedensschlusses.
75. HHStA Wien, RK, RKG Visit. 378; BK, FN 11, Akten.
76. HHStA Wien, RK, RKG Visit. 378, Reigersberg an Öttingen-Wallerstein, Wetzlar, Februar 1806.
77. BK, FN11, Akten, Obs. LVII, T. III, Müller an Reigersberg, Wien, den 16. April 1806.
78. Das Gutachten ist veröffentlicht in: Gero Walter: Der Zusammenbruch

(wie Anm. 46), Anhang I.

79. Raumer: Hügels Gutachten (wie Anm. 49).
80. Das Gutachten vom 24. Mai 1806 ist ediert in: Karl Otmar von Aretin: Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität, 2 Bde., Wiesbaden 1967, hier: Bd. 2, Aktenstück 63. Die Gutachten zusammenfassend: Gottfried Mraz: Österreich und das Reich 1804-1806. Ende und Vollendung, Wien 1993, S. 67-77.
81. Text in: Joseph A. von Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten bey Veränderung der bisherigen deutschen Reichsverfassung, Wetzlar 1806, S. 9 ff.
82. Görtz an Carl August, Regensburg, den 28. Juli 1806. In: Willy Andreas (Hg.): Politischer Briefwechsel des Herzogs und Großherzogs Carl August von Weimar, Bd. 2: Vom Beginn der Revolutionskriege bis in die Rheinbundzeit 1791-1807, bearb. von Hans Tümmeler, Stuttgart 1954/58, Aktenstück 400, S. 309. Die Erschütterung des Reichstagesgesandten Goertz, kommt auch zum Ausdruck in BK, FN 11, Korrespondenz, Goertz an Reigersberg, Regensburg, den 15. September 1806. Hier schreibt er Reigersberg mit niedergebeugtem Geist und Herzen und spricht vom Unglücklichsten Ereignis seines Vaterlandes. Vgl. auch: Härter: Reichstag und Revolution (wie Anm. 53), S. 640.
83. HHStA Wiesbaden, Abt. 1097, Nr. A 35. fol. 45, Eyben an Minister Marschall, den 2. August 1806.
84. Zitiert nach Härter: Reichstag und Revolution (wie Anm. 53), S. 639.
85. Zitiert nach Walter: Der Zusammenbruch (wie Anm. 46), S. 70. Zu den Reaktionen am Reichstag auch: Heinrich von Srbik: Die Schicksalsstunde des alten Reiches, Jena 1937, S. 65 f.; Winfried Schulze: Regensburg. Der des Immerwährenden Reichstags. In: Alois Schmid und Katharina Weigand (Hg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern, München 2003, S. 257-275, hier: 271-275.
86. BayHStA, MA 4066, Rechberg an König von Bayern, Regensburg, August 1806.
87. BK, FN 11, Akten 6 a, Anlage Nr. 11. Reigersberg an Schenk von Stauffenberg, Regensburg, den 3. August 1806.
88. HHStA Wien, Hausarchiv, Titel und Wappen, Karton 3, Notificationen und Antworten, 1806 Jun. bis Dez., fol. 1-63.
89. Zur Veröffentlichung der Abdankungserklärung: Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 149-156.
90. Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten (wie Anm. 81), Vorwort.
91. Nipperdey: Deutsche Geschichte, Bd. I (wie Anm. 6), S. 14.



92. Ebd.: Auszug Schreibens Haas an Hügel, Regensburg, den 13. August 1806.
93. HHSTA Wien, Titel und Wappen, Karton 3, Korrespondenz von den Gesandtschaften 1806 Aug. bis Dez., Anlage ad Num. 161, Nachrichten über den Eindruck, welchen die Niederlegung der Kaiserkrone zu Regensburg hervorgebracht hat. Auszug Schreibens des Kanzleydirektors Haas vom 12. August 1806.
94. Politisches Journal, II. Band, 8. Stück, August 1806, S. 171-2.
95. Nationalzeitung der Teutschen, 34. Stück, den 21. August 1806, S. 705. Ein ähnliches Vorgehen etwa auch bei Bernhard Voigt: Feldzug von 1806 in Deutschland, Leipzig 1807.
96. National-Zeitung der Teutschen, 34tes Stück, den 21. August 1806, S. 705-727, hier 705.
97. Vahlkampf (Hg.): Reichskammergerichtliche Miscellen Band 2, Heft 5 (1806). Zur Rheinbundpublizistik: Gerhard Schuck: Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus. Kontinuitätsdenken und Diskontinuitätserfahrung in den Staatsrechts- und Verfassungsdebatten der Rheinbundpublizistik, Stuttgart 1994; Birgit Fratzke-Weiss: Europäische und nationale Konzeptionen im Rheinbund. Politische Zeitschriften als Medien der politischen Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1997. Peter A. Winkopp wollte das Schweigen der Zeitgenossen überwinden, wenn er formulierte, das Ziel seiner Zeitschrift der „Rheinische Bund“ sei es, den Mitgliedern des Rheinischen Bundes und den übrigen Deutschen Reichsständen Nachricht darüber zu geben, was aus der alten deutschen Eidgenossenschaft geworden ist. Peter Adolf Winkopp (Hg.): Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts, Bd. 1, Heft 1, Frankfurt am Main 1806, S. 44.
98. BK, AR 1 - III, 116.
99. BK, AR 1 - Misc., 497, 17. Juli u. ebd. AR 1 - III, 116, fol. 178r.
100. Zu Balemann: Jahns: Das Reichskammergericht (wie Anm. 19) Tl. II, Biogr. 128.
101. Karl Albert von Kamptz: Kurze chronologische Übersicht der merkwürdigsten Begebenheiten des kais. Reichskammergerichts seit seiner Permanenz-Erklärung (1495) bis zur Resignation des Kaisers Franz II. (311 Jahre). In: Joseph A. von Vahlkampf (Hg.): Reichskammergerichtliche Miscellen, Bd. 2, Heft 5 (1806); zugleich in: Joseph A. von Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten bey Veränderung der bisherigen deutschen Reichsverfassung, Wetzlar 1806, S. 54-68.
102. Sogar die Einleitung eines neuen Reichsprozesses in „Sachen Ickelsheim

- wider Würzburg“ erlebte dieser Tag noch, vgl. Kamptz: Chronologische Übersicht. In: Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten (wie Anm. 81), S. 66. Auch finden sich zahlreiche Hinweise auf eine geplante Fortsetzung noch nicht vollständig erledigter Prozesse. BK, AR 1 - III, 116, fol. 184r, 189v. (Sententiae); auch in den Senaten wurde die Erledigung von Prozessen auf die Zeit nach den Ferien verlegt. Vgl. BK, AR 1- I/405, fol. 125r (16. Juli 1806) Da der Herr Turnarius Frhr. v. Branca keine Judicialsachen vorrätig hatte, die noch vor den Ferien beendet werden könnten.
103. BK, FN 11, Diensttagebuch pro anno 1806.
104. Das letzte Dekret erging am 13. August 1806. Vgl. BK, AR-1/VA, 15 „Protocollum extrajudiciali der am Bescheidtische ergangenen Decrete de anno 1806“.
105. BK, FN 11 Akten 6 a Obgleich die Protokolle und Anlagen der Sustentationskonferenz auch in BK, DB 2 (Alte Signatur: RKG in Liqu.) überliefert sind, wird im Folgenden vor allem der Nachlass des Kammerrichters herangezogen. Dieser ist erstens ausführlicher und enthält zweitens auch Konzepte des Kammerrichters sowie Schreiben, die in der Überlieferung BK, DB 2 fehlen.
106. BK, FN 11, Korrespondenz, Reigersberg an Kurfürsterzbischof (!) von Mainz, Wetzlar, den 27. Juli 1806. Abschrift. In: Ebd., Akten 6 a, Anlage Nr. 1b. Vgl.: auch: BK, FN 11, Akten 6 a, Sitzung v. 29. Juli 1806, Anlage Nr. 1.
107. Wunder: Die Schenken von Stauffenberg, S. 297.
108. BK, FN 11, Akten 6 a und b, Sitzungsprotokolle v. 29. Juli 1806 und Anlage Num. 1a.
109. BK, FN 11, Akten 6 a, Sitzung v. 29. Juli 1806, Anlage Nr. 1a.
110. KGO 1555, Tl. I § LVII. „Von deß kaiserlichen cammerrichters und der beisitzer eydt“, ed. bei: Adolf Laufs (Hg.): Die Reichskammergerichtsordnung von 1555, Köln, Wien 1976, S. 151.
111. BK, FN 11, Akten 6a und 6 b Sitzung vom 29. Juli 1806, Sitzungsprotokolle u. Anlagen, Nr. 4, 5, 6.
112. Peter Burg: Die deutsche Trias in Idee und Wirklichkeit. Vom Alten Reich zum Deutschen Zollverein, Stuttgart 1989, S. 10 ff.
113. BK, FN 11, Akten 6 a, Anlage 20 a.
114. Note Graf Stadions, Wien, den 8. August 1806, zeitgenössisch ediert in: Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten (wie Anm. 81), S. 16.
115. BK, FN 11, Akten 6 a, Num. 22, Referat Hohnhorst und von der Becke.
116. Dies betraf vor allem Mecklenburg. Hierzu der treffliche Aufsatz von Hans-Konrad Stein: Das Schicksal der unerledigten Mecklenburger Reichskammergerichts-Prozesse und die Idee einer obersten Berufungs-Instanz in



- Mecklenburg nach Ende der Reichsgerichte 1806. In: Diestelkamp (Hg.): Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 41), S. 217-249.
117. BK, FN 11, Akten 6 a, Num. 22.
118. Ebd.
119. BK, FN 11, Akten 6 a, Anlage Num. 31 (Votum die gegenwärtige Lage des Reichs Kammer Gerichts betreffend). Das Gutachten ist ediert bei Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 391-403.
120. Zur Formel, welche die Angehörigen des Kameralkollegiums bei ihrer Aufschwörung zu sprechen hatten: vgl.: KGO 1555.
121. BK, FN 11, Akten 6 a, Nr. 22.
122. Ein Überblick zum Gesamtzusammenhang: Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts, Bd. 2: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800-1914, München 1992, S. 96-120; zum Staat als juristische Person: Ulrich Häfelin: Die Rechtspersönlichkeit des Staates, 1959. Georg Jellinek: Allgemeine Staatslehre, Darmstadt 1959, 169 f.; Malte Diesselhorst: Zur Theorie der juristischen Person bei Carl Friedrich von Savigny. In: Quaderni Fiorentini 11/12 (1982/83), S. 319-337.
123. BK, FN 11, Akten 6 a, Gutachten Leutsch, § 9.
124. Notker Hammerstein: Samuel Pufendorf. In: Michael Stolleis (Hg.): Staatsdenker in der Frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 1995, S. 172-197; Zum Naturzustand bei Pufendorf: Heinz Denzer: Moralphilosophie und Naturrecht bei Pufendorf. Eine geistes- und wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung zur Geburt des Naturrechts aus der praktischen Philosophie, München 1972, S. 99 ff.; W. Rödl: Geometrischer Geist, München 1970. S. 81 ff.; Wolfgang Kersting: Der Kontraktualismus im deutschen Naturrecht. In: Otto Dann und Diethelm Klippel (Hgg.): Naturrecht – Spätaufklärung – Revolution, Hamburg 1995, S. 90-110.
125. Die entsprechenden Entwürfe der Schreiben, in: BK, FN 11, Akten 6 b, Nr. 26 b-j (1-29).
126. BK, FN 11, Akten 6b, Sitzung vom 16. September 1806, Votum F. P. Ch. von Seckendorff; Sitzung vom 8. Oktober 1806, Votum F. P. Chr. von Seckendorff.
127. Zu seiner Biographie: Jahns: Das Reichskammergericht, Tl. II. (wie Anm. 19), Biogr. 48.
128. BK, FN 11, Korrespondenz, Globig an Reigersberg, Regensburg, den 14. September 1806.

129. Erklärung Seiner kaiserlichen Majestät über die Niederlegung der reichsoberhauptlichen Würde und der damit verbundenen Kaiserkrone, Wien, 6. August 1806. Weitere Erklärung Kais. Majestät wegen des nämlichen Betreffs, Wien, 6. August 1806. Die Dokumente zeitgenössisch veröffentlicht bei: Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten (wie Anm. 81), S. 9-17. In den modernen Editionen fehlt die Zusatzerklärung ebenso wie die Note des dirigierenden Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafens von Stadion, an den kaiserlichen Kammerrichter Grafen von Reigersberg, Wien, 8. August 1806.
130. Zum Gesamtzusammenhang: Mader: „Heilige Schulden“ (wie Anm. 72); Ders.: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 180-306.
131. Zitat: BK, FN 11, Korrespondenz mit Globig. Globig an Reigersberg, Regensburg, den 14. Sept. 1806.
132. Über die Reichsdienerschaft und das Reichsschuldenwesen. In: Winkopp (Hg.): Der Rheinische Bund (wie Anm. 97), S. 109-115, Zitate S. 110 u. 114.
133. Carl von Dalberg: Beherzigung des Schicksals verdienstvoller Männer. (Die Schrift ist auf den 14. September 1806 datiert.). Auch in: Winkopp (Hg.): Der Rheinische Bund (wie Anm. 97), S. 153 ff.
134. Dazu: Wolfgang Burgdorf: Der Untergang der Reichskirche und die Subdelegationskommission für das transrhenanische Sustentationswesen. In: Bernhard Diestelkamp (Hg.): Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 143-188.
135. Mader: „Soldateske“ des Reichskammergerichts (wie Anm. 19), S. 265-290.
136. Dalberg: Beherzigung (wie Anm. 135), S. 6 § 6.
137. Zitat: BK, FN 11, Akten 6 b, 22. September 1806, Votum Stein.
138. BK, FN 11, Akten 6 a, Num. 39, Referat von der Becke und Hohnhorst.
139. BK, FN 11, Akten 6 b, Sitzungsprotokoll, 22. September 1806.
140. Vahlkampf (Hg.): Politische und historische Ansichten (wie Anm. 81), S. 16.
141. BK, FN 11, Akten 6 b, Sitzung v. 22. September 1806, Votum Ullheimer.
142. Ueber den künftigen Unterhalt der Glieder des kaiserlichen und Reichskammergerichts, [Wetzlar Sept. 1806], Zitat: § 2, S. 1. Den Entwurf zu dieser Schrift erarbeitete von der Becke, die Mitglieder des Kameralkollegiums diskutierten ihn, schlugen Verbesserungen vor und stimmten über die Veröffentlichung ab. Dazu: BK, FN 11, Akten 6 b, Sitzungsprotokoll v. 15. Sept. 1806. Ebd., Akten 6 a, Anlagen, Nr. 29, 30, 30 a.
143. Ebd., § 2, S. 2 f.



144. Ebd.: § 2, S. 2.
145. Karl Friedrich von Savigny: System des heutigen Römischen Rechts. Acht Bände und Register, Berlin 1840-1851 (Ndr.: Aalen 1981), hier Bd. II., § 85. Dazu: Flume: Savigny und die Lehre der juristischen Person. In: Okko Behrends u. a. (Hgg.): Festschrift für Franz Wieacker zum 70. Geburtstag, Göttingen 1978, S. 340- 360; Diesselhorst: Zur Theorie der juristischen Person bei Carl Friedrich von Savigny (wie Anm. 122), S. 319-337.
146. So zusammenfassend Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts (wie Anm. 122), Bd. 2, S. 106-109.
147. Ebd.
148. Ebd. Die ursprüngliche Fassung sah vor: „Die Reichsverfassung hat aufgehört, zu seyn“. Die Unterscheidung von materiellem Recht und Form der Verfassung kam hier also noch schärfer zum Ausdruck. Vgl.: BK, FN 11, Akten 6 a, Anlagen Num. 32 (Votum Stauffenberg).
149. Ueber den künftigen Unterhalt (wie Anm. 143), § 4, S. 2, § 11, S. 8.
150. Ebd.: § 11, S. 7-8. Zu den Einkommen der Angehörigen des Kameralkollegiums: BK, DB 2, 36 Plan zur provisorischen Verteilung der kammergerichtlichen Sustentations-Gelder. Die angegebenen Summen entsprechend dem 24 fl. Münzfuß.
151. Zur Übernahme und den Nachkarrieren der Assessoren ausführlich Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 307-380.
152. Zum Gesamtzusammenhang ausführlich Mader: Die letzten „Priester der Gerechtigkeit“ (wie Anm. 2), S. 297-306.
153. Stein: Das Schicksal der unerledigten Mecklenburger Reichskammergerichts-Prozesse (wie Anm. 116), S. 217-249.

Umschlagabbildung:

Schirach, um 1802

„Und die Gräber der Heiligen thaten sich auf und die Aufklärung  
und dr Gemeingeist erschienen aufs neue in Deutschland“

33,2 cm x 51 cm Kupferstich Inv.-Nr. 0/2338

© Historisches Museum der Pfalz, Speyer 2005 (Ausschnitt)

Fotograf: Kurt Diehl

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-36-1









Umschlagabbildung:

Schirach, um 1802

„Und die Gräber der Heiligen thaten sich auf und die Aufklärung  
und dr Gemeingeist erschienen aufs neue in Deutschland“

33,2 cm x 51 cm Kupferstich Inv.-Nr. 0/2338

© Historisches Museum der Pfalz, Speyer 2005 (Ausschnitt)

Fotograf: Kurt Diehl

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-36-1